

**5. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Mittwoch, 26. Januar 2022,
digitale Sitzung
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.15 Uhr**

Anwesend sind: 40 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Simon Bloch, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Fürst, 4. Urs Knapp, 5. Dr. David Plüss,
6. Simone Sager, 7. Deny Sonderegger, 8. Markus Wyss, 9. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Florian Eberhard, 3. Anna-Lea Enzler, 4. Lea Jäggi,
5. Daniela Minikus, 6. Luc Nünlist, 7. Luisa Segessenmann

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Beat Felber, 2. Muriel Jeisy, 3. Thomas Kellerhals

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig, 2. Manfred Schoger

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Manuela Höfler, 3. Lukas Lütolf, 4. Martin Räber,
5. Yael Schindler Wildhaber

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Robin Kiefer, 3. Ursula Rüegg (ab 19.30 Uhr), 4. Philippe Ruf,
5. Marc Winistörfer

Junge SP Region Olten:

1. Simea Fürst, 2. Cécile Send

Olten jetzt!:

1. Salome Kisker, 2. Daniel Kissling, 3. Tobias Oetiker, 4. Laura Schöni, 5. Denise Spirig (ab
19.30 Uhr), 6. Seu-Jhing Tang

Stadtrat:
Thomas Marbet, Stadtpräsident
Nils Loeffel, Direktion Bildung und Sport
Marion Rauber, Direktion Bau
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Raphael Schär-Sommer, Direktion Soziales
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:
Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent

Vorsitz: Florian Eberhard

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
 2. Gemeindeparlament/Demission
 3. Aufnahme und Vereidigung von zwei neuen Parlamentsmitgliedern
 4. Finanzkommission/Demission und Ersatzwahl
 5. Wahlbüro/Demission Ersatzmitglied und Ersatzwahl
 6. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
- * 6.1. Vorschlag gem. Art. 16 der GO, Stefan Hagmann & Yolanda Stampfli und Mitunterzeichnende betr. Schöngrundquartier: Mehr Sicherheit im Strassenverkehr – Schaffung von Begegnungszonen
- 6.2. Auftrag Florian Eberhard & Luc Nünlist (SP/JSP) betr. Tannwaldstrasse begrünen
- 6.3. Auftrag Florian Eberhard & Luc Nünlist (SP/JSP) betr. Kirchgasse begrünen
- 6.4. Überparteilicher Auftrag Myriam Frey Schär (GO) und MU betr. Erwerb der Winkelunterführung durch die Stadt
- 6.5. Auftrag Felix Wettstein (GO) und MU betr. städtische Liegenschaften baldmöglichst isolieren
- 6.6. Auftrag Luc Nünlist (SP/JSP) betr. Politische Berichterstattung für alle
- * verschoben

* * *

Parlamentspräsident Florian Eberhard begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Florian Eberhard:

Referendumsvorlage/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 24. November 2021 folgenden Geschäften zugestimmt:

- Reglement über das Bestattungs- und Friedhofswesen der Stadt Olten (SRO 218) /Teilrevision
(*Beschluss Ziffer I./1.*)
- Stellenerhöhung Bauinspektorat/Genehmigung
(*Beschluss Ziffer I./1.*)
- Fachstelle Energie, Klima und Umwelt/Stellengenehmigung
(*Beschluss Ziffer I./1.*)
- Gebührenordnung, Anpassung Baugebühren/Teilrevision
(*Beschluss Ziffer I./1.*)

Die Publikation über diese Vorlagen erfolgte am 02. Dezember 2021 und die Referendumsfrist ist am 01. Januar 2022 abgelaufen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die bestehenden Vorlagen in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und die Beschlüsse somit rechtskräftig sind.

* * *

Antrag Büro betr. Änderung Traktandenliste

Das Büro beantragt einstimmig eine Änderung der Traktandenliste. Es geht um 6.1., Vorschlag Stefan Hagmann und Yolanda Stampfli und Mitunterzeichnende, betr. Schöngrundquartier. Sie sind auf uns zugekommen, und es besteht die Möglichkeit eines runden Tisches mit der Direktion Bau und dem Stadtpräsidium. In Absprache mit den Initiantinnen und Initianten fänden wir vom Büro sinnvoller, wenn wir vor der Behandlung des Vorstosses versuchen würden, an einem runden Tisch Lösungen zu finden. Deshalb schlagen wir vor, dass dieses Traktandum auf eine spätere Sitzung verschoben wird.

Beschluss

Einstimmig wird dem Antrag zugestimmt.

* * *

Ordnungsantrag Tobias Oetiker (OJ) betr. Online-Übertragungen Youtube-Streams

Tobias Oetiker: Ich habe Euch den Antrag geschickt. Es geht darum, dass die Online-Übertragungen der Sitzungen die letzten paar Male gut funktioniert haben. Ich glaube, dass die Aufnahmen der Sitzungen Ende November aus dem Internet verschwunden sind. Das ist mir zuerst nicht aufgefallen, aber Leuten, die ich kenne, die sie nachschauen wollten und gemerkt haben, dass sie nicht mehr vorhanden sind. Das war offensichtlich ein Beschluss des Büros, sie offline zu nehmen. Ich finde dies sehr schade. Die Verhandlungen, die wir hier führen, sind öffentlich. Auch das Protokoll ist öffentlich. Weshalb soll man dann die Aufnahmen, die viel besser zu konsumieren sind als in anderer Form, oder mindestens für gewisse Leute besser zu konsumieren sind, nicht auch online haben?

Thomas Fürst: Ich bin nicht der Meinung, dass man dies als normalen Ordnungsantrag handhaben kann. Ein Ordnungsantrag betrifft die Form der Behandlung von Geschäften. Ich glaube, worauf der Antragsteller hier wahrscheinlich eher abzielt, aber das ist jetzt schon eine reine Interpretation von mir, ist ein parlamentarischer Antrag im Sinne von 61bis der Geschäftsordnung. Vermutlich möchte er eigentlich eine Änderung der Geschäftsordnung vorbereiten. Meines Erachtens geht es dabei gemäss Art. 18 der Geschäftsordnung darum, dass bei Tonaufnahmen schlussendlich eigentlich der Präsident allein befugt ist, dies zu bewilligen, wenn man dies möchte, und es allenfalls auch Aussenstehenden weiterzugeben. Ob dies allerdings darunter subsumiert werden kann, bin ich mir unsicher. Ich finde dies, ohne inhaltlich überhaupt dazu Stellung nehmen zu wollen, ein sehr interessantes Anliegen. Aber es ist mir eben unklar, worauf sich dies formell genau stützen sollte. Ich sehe eigentlich nur 61bis, und dort muss man sagen, dass man zuerst eine Dringlichkeit begründen und darüber abstimmen müsste. Meines Erachtens ist dies offensichtlich nicht dringlich. Unter diesen Umständen würde ich beliebt machen, dass der grundsätzlich interessante Vorstoss noch einmal sauber überarbeitet werden und nachher korrekt und rechtzeitig eingereicht werden soll, damit man ihn dann auch entsprechend behandeln kann. Generell möchte ich dem auch etwas einen Riegel schieben, dass man bei Sachen, die an und für sich nicht wirklich dringend sind, einfach so kurzfristig Anträge stellt. Entsprechend würde ich, es kommt darauf an, was abgestimmt wird, namens der FDP-Fraktion auf Nichteintreten plädieren, eventualiter die Dringlichkeit verneinen oder ablehnen. Merci vielmals.

Dr. Patrik Stadler: Inhaltlich unterstütze ich das Votum des Vorredners. Videoaufnahmen respektive die Aufnahmen ins Netz stellen ist nicht das Gleiche wie eine öffentliche Veranstaltung. Wenn dies noch auf Jahrzehnte hinaus abgerufen werden kann, betrifft dies auch die Persönlichkeitsrechte jedes einzelnen Parlamentariers. Von daher gesehen kann man dies jetzt nicht so einfach mit einem Ordnungsantrag abtun. Ich denke, man müsste wirklich genau prüfen, was dies persönlichkeitsrechtlich bedeutet, ob es allenfalls Zustimmung der Parlamentarierinnen und Parlamentarier braucht. Ich denke, von daher gesehen ist es nicht eine so schnelle Entscheidung, die man über dieses Thema fällen kann. Da teile ich an sich auch die Meinung der Datenschutzbeauftragten des Kantons Solothurn, die immer sagt, wenn man etwas ins Netz stellt, das im Netz bleiben wird, seid vorsichtig, weil Euch dies das ganze Leben lang begleitet. Danke.

Dr. Christine von Arx: Ich kann mich den Ausführungen meiner beiden Vorredner nur anschliessen. Das ist ein massiver Eingriff in die Art, wie man Politik betreibt. Im Moment sind deshalb Bildaufnahmen verboten. Wenn man sie trotzdem aufnimmt, wenn man zuschaut, und dies veröffentlicht, ist dies im Prinzip strafbar. Es ist eine wichtige Frage, die man sich wirklich gut überlegen, gut durch den Kopf gehen lassen, und bei der man alle möglichen Interessen abwägen muss. Ich würde deshalb auch vorschlagen, dass man dies auf den normalen Weg eines Auftrags bringt. Ich sehe auch keinen Weg, wie man an der Änderung des Geschäftsreglements vorbeikommt. Das wäre eigentlich der richtige Weg.

Marc Winistörfer: Ich kann es jetzt eigentlich kurz machen und schliesse mich meinen beiden Juristen-Kolleginnen und -kollegen an. Materiell ist es eine Änderung des Geschäftsreglements, und entsprechend gibt es einfach einen normalen Auftrag zu erteilen.

Ein Ordnungsantrag ist es aus meiner Sicht eindeutig nicht, weil wir nicht einen Gegenstand haben, der schon vorliegt. Ich würde auch vorschlagen, dass man diesen Antrag zurückzieht und nochmals als normalen Auftrag einreicht. Merci.

Christian Ginsig: Noch die Sicht der CVP/glp/EVP-Fraktion: Der Kanton hat ja grundsätzlich die Vorgaben gegeben, dass man Audio- respektive digitale Konferenzen durchführen kann. Insofern sind wir sicher im grünen Bereich. Wo wir es aber doch sehr kritisch sehen, ist, dass erstens einmal nicht das Schaulaufen entsteht. Zweitens sehen wir dies, dadurch, dass Videoübertragungen auch aus dem privaten Raum stattfinden und man teilweise bei uns Parlamentariern ins Wohnzimmer, Schlafzimmer oder ins Büro sieht, aus datenschutz-technischen Gründen durchaus kritisch. Die CVP/glp/EVP-Fraktion kann sich mindestens vorstellen, dass man prüfen muss, ob man die Audio-Files zur Verfügung stellen kann. Das sehen wir weniger kritisch. Beim Video wären wir aufgrund der Bilder, die übertragen werden, allerdings sicher dagegen.

Parlamentspräsident Florian Eberhard: Ich würde beliebt machen, dass wir es so gestalten, dass wir den Antrag in dieser Form nicht zulassen, jetzt auch nach Rücksprache mit dem Rechtskonsulenten und die Möglichkeit für einen ordentlichen Auftrag gegeben werden müsste.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Überparteilicher Auftrag betr. Schaffung eines Migrationsbeirats
- Überparteiliche Interpellation betr. Kosten bei der Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse
- Auftrag Fraktion Mitte betr. Baugesuchverfahren für Kleinstvorhaben wie Velounterstände vereinfachen
- Interpellation FDP-Fraktion betr. Entwicklungsgebiet Hammer/Rötzmatt und Personenunterführung Olten SüdWest mit der SBB koordinieren

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. Januar 2022

Prot.-Nr. 34

Gemeindeparlament/Demissionen

Für das Gemeindeparlament sind zwei Demissionen zu verzeichnen:

Mit Mail vom 16. Dezember 2021 demissioniert Simon Muster (JSP) als Mitglied des Gemeindeparlamentes per 31. Dezember 2021.

Mit Mail vom 22. Dezember 2021 demissioniert Sandra Siegrist (FDP) als Mitglied des Gemeindeparlamentes per 31. Dezember 2021.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demissionen von Simon Muster (JSP) und Sandra Siegrist (FDP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig werden die Demissionen von Simon Muster (JSP) und Sandra Siegrist (FDP) genehmigt.

Mitteilung an:
Herrn Simon Muster
Frau Sandra Siegrist
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten
Lohnbuchhaltung

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. Januar 2022

Prot.-Nr. 35

Aufnahme und Vereidigung von drei neuen Parlamentsmitgliedern

Gemäss Art. 18 der Gemeindeordnung sind zwei freierwerdende Parlamentssitze neu zu besetzen. Durch den Rücktritt von Melissa Aerni ist ein Sitz Sozialdemokratischen Partei, durch den Rücktritt von Simon Muster ein Sitz der Jungen SP Region Olten und durch den Rücktritt von Sandra Siegrist ein Sitz der Freisinnig-demokratischen Partei frei geworden. Luc Nünlist (SP), Cécile Send (JSP) und Simon Bloch (FDP) haben sich bereit erklärt, die Mandate als ordentliche Mitglieder des Gemeindeparlamentes anzunehmen.

Zur Vereidigung erhebt sich das Parlament von den Sitzen. Parlamentspräsident Florian Eberhard begrüsst Luc Nünlist, Cécile Send und Simon Bloch. Er verliest die Gelöbnisformel: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.“

Luc Nünlist, Cécile Send und Simon Bloch legen hierauf mit den Worten „ich gelobe es“ das Gelöbnis ab. Damit sind sie vereidigt.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsident Florian Eberhard: Euch drei alles Gute und viel Energie und Spass an Eurem neuen Amt. Herzlich willkommen.

Mitteilung an:

Herrn Luc Nünlist, Aarauerstrasse 46, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)

Frau Cécile Send, Maienstrasse 30, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)

Herrn Simon Bloch, Geissfluhweg 34, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. Januar 2022

Prot.-Nr. 36

Finanzkommission/Demission und Ersatzwahl

Für die Finanzkommission sind eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Schreiben vom 16. Dezember 2021 demissioniert Simon Muster (JSP) per 31. Dezember 2021 als Mitglied des Gemeindeparlamentes und somit auch als Mitglied der Finanzkommission.

Als Ersatz für Simon Muster schlägt die Fraktion SP/JSP Luc Nünlist (SP) als neues Mitglied der Finanzkommission zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Simon Muster (JSP) und die Ersatzwahl von Luc Nünlist (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Simon Muster (JSP) und die Ersatzwahl von Luc Nünlist (SP) genehmigt.

Mitteilung an:
Herrn Simon Muster
Herrn Luc Nünlist
Direktion Finanzen
Stadtkanzlei für Behördenverzeichnis

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. Januar 2022

Prot.-Nr. 37

Wahlbüro, Ersatzmitglied/Demission und Ersatzwahl

Für das Wahlbüro sind eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen:

Mit E-Mail vom 15. Mai 2021 gab Agnes Marti, FDP, nach langjähriger Tätigkeit ihre Demission als Ersatzmitglied im Wahlbüro per 31. Dezember 2021 bekannt.

Die FDP schlägt als Ersatz für Agnes Marti Linda Schibli, Paul-Brandt-Strasse 37, Jahrgang 2001, FDP, vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Agnes Marti (FDP) als Ersatzmitglied im Wahlbüro und die Ersatzwahl von Linda Schibli (FDP) als Ersatzmitglied des Wahlbüros zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig werden die Demission von Agnes Marti (FDP) als Ersatzmitglied im Wahlbüro und die Ersatzwahl von Linda Schibli (FDP) als Ersatzmitglied des Wahlbüros genehmigt.

Mitteilung an:
Frau Agnes Marti
Frau Linda Schibli
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten
Lohnbuchhaltung

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. Januar 2022

Prot.-Nr. 38

Auftrag Florian Eberhard und Luc Nünlist (Fraktion SP/JSP Olten) betr. Tannwaldstrasse begrünen/Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 25. März 2021 wurde von Florian Eberhard und Luc Nünlist (Fraktion SP/JSP) ein Auftrag mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Tannwaldstrasse stärker begrünt werden kann, so dass Hitzeinseln zukünftig verhindert und die Aufenthaltsqualität durch mehr natürlich schattenspende Elemente erhöht werden kann.»

Begründung

In der Stadt Olten hat man es bei verschiedenen grossen Projekten verpasst eine angemessene Bepflanzung mit Bäumen anzugehen. Erschreckende Beispiele hierfür sind am neu geplanten Bahnhofplatz zu finden, der Tannwaldstrasse, aber auch an der Kirchgasse.

Im Auftrag wird bewusst auf eine einschränkende Formulierung verzichtet, inwiefern die Begrünung umgesetzt werden soll. Grundsätzlich finden wir eine Variante mit fest installierten Stadtbäumen die sinnvollste, sind aber offen für andere kreative Lösungsansätze, welche die Aufenthaltsqualität erhöhen, mehr Schatten spenden und Hitzeinseln lindern.

Eine Begrünung der Tannwaldstrasse hilft die bereits irreparablen Schäden des Klimawandels etwas zu lindern. Stadtbäume werden im Zusammenhang mit dem sich wandelnden Stadtklima enorm wichtig. So können in der Innenstadt «Hitzeinseln» entstehen, wodurch im Stadtzentrum die Temperaturen an Hitzetagen um sechs bis zehn Grad höher sein können als am Stadtrand. Insbesondere ältere Menschen und Kleinkinder sind von den gesundheitlichen Folgen einer Hitzeperiode mit Tagesmaxima von über 30 °C über mehrere Tage stark betroffen. Wissenschaftliche Analysen belegen die Korrelation zwischen den hohen Tages- und Nachttemperaturen und der Sterblichkeit. ^{[1][2]}

Die Tannwaldstrasse ist neben dem Ländliweg eine der ersten Berührungspunkte von Besucher/innen der Stadt Olten, wenn sie via Bahnhof anreisen. Das Potential dieser Visitenkarten wird aber bisher nur sehr bedingt genutzt. Die Tannwaldstrasse ist ein frappantes Beispiel einer ungenügenden Begrünung und lieblosen Möblierung einer Fussgängerachse. Durch eine stärkere Begrünung kann das Potential besser ausgeschöpft werden und die Aufenthaltsqualität erhöht werden, wodurch Olten sich den Tausenden von täglichen Besucher/innen der Fachhochschule von seiner besten Seite präsentieren kann. Wir wünschen uns, dass sich an der neu begrüneten Tannwaldstrasse dadurch interessante Angebote wie ein Glacé-Stand im Schatten einer grossen Linde ansiedeln, der Coffee-to-go Stand eines lokalen Anbieters sich dort positioniert und Menschen Olten eher ungern verlassen.

[1] Swiss TPH: Effekt von Hitzeperioden auf die Sterblichkeit und mögliche Adaptionmassnahmen

[2] Bundesamt für Umwelt (2018): Hitze in Städten: Grundlage für eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung»

- - - -

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrats wie folgt:

Der Klimawandel führt zu einem Anstieg der Durchschnittstemperaturen, Extremwerte und Hitzetage in der Sommerzeit. Grössere Städte erhitzen überproportional stark im Verhältnis zum begrüneten Umland. Die heissen Sommer der vergangenen Jahre haben die Problematik für uns alle spürbar gemacht. Zürich, Basel und weitere Kantone und Städte haben Klimaanalysen, Strategien und Massnahmenpläne vorgelegt. In der Stadt Zürich werden aktuell umfangreiche politische Aufträge bearbeitet und Ressourcen aufgebaut. Der Kanton Solothurn ist an der Erarbeitung einer kantonalen Klimaanalyse. Im Entwurf für das räumliche Leitbild der Stadt Olten ist vorgesehen, der Entwicklung in Richtung einer klimaangepassten Siedlungsstruktur Rechnung zu tragen, indem der Anteil unversiegelter Flächen in zentrumsnahen Stadtteilen erhöht und der Baum- und Grünflächenbestand gesichert und erweitert wird. Bei zukünftigen städtebaulichen Entwicklungen soll die Durchlüftung des Stadtgebietes stärker mitberücksichtigt werden. Als Grundlage wird die Erarbeitung eines Konzepts zur Klimaanpassung, basierend auf der erwähnten kantonalen Klimaanalyse lanciert. Weitere im Leitbild-Entwurf bezeichnete Grundlagenbedarfe sind ein städtisches Freiraumkonzept und eine Masterplanung für die Entwicklung des Neuhard-Quartiers.

Die Tannwaldstrasse wurde 2012 im Rahmen des Projekts Bahnhof Ost umgestaltet. Städtebaulich und klimatisch ideal wäre eine Baumreihe am westlichen Strassenrand. Dafür fehlte aber damals wie heute der Platz. Auf eine Baumreihe am östlichen Rand der Gehfläche musste mit Rücksicht auf den Leitungsbau verzichtet werden. Stattdessen wurde eine Reihe Rankobelisken geprüft, aber verworfen, weil sie keinen Schatten spenden, zudem den Bewegungsraum einschränken und für sehbehinderte Menschen ein Hindernis darstellen.



Abb: Visualisierung Variante mit Rankobelisken (Projekt Bahnhof Ost, 2010)

Die Tannwaldstrasse erhitzt sich im Sommer tatsächlich stark. Gründe sind die Strassenfläche, die versiegelten Bahnflächen und die muralen Häuserfassaden. Die Möglichkeiten im Bestand sind aber begrenzt. Der Strassenraum misst 4.00 m Fahrbahn, dem sehr hohen Fussverkehrsaufkommen entsprechende 3.50 m Gehfläche und private Vorzonen von plus/minus 1.10 m Tiefe. Eine Bepflanzung auf Kosten der Fahrbahnbreite ist nicht möglich. Das nachträgliche Setzen von Rankobelisken (wie oben dargestellt) ist nicht realistisch respektive wäre mit enormen Kosten verbunden, weil eine Telecom- und die Gasleitung im direkten Einflussbereich verlaufen. Die Massnahme würde auch nicht die erwünschte kühlende Wirkung bringen und eine stärkere Zonierung der Begegnungszone bewirken.

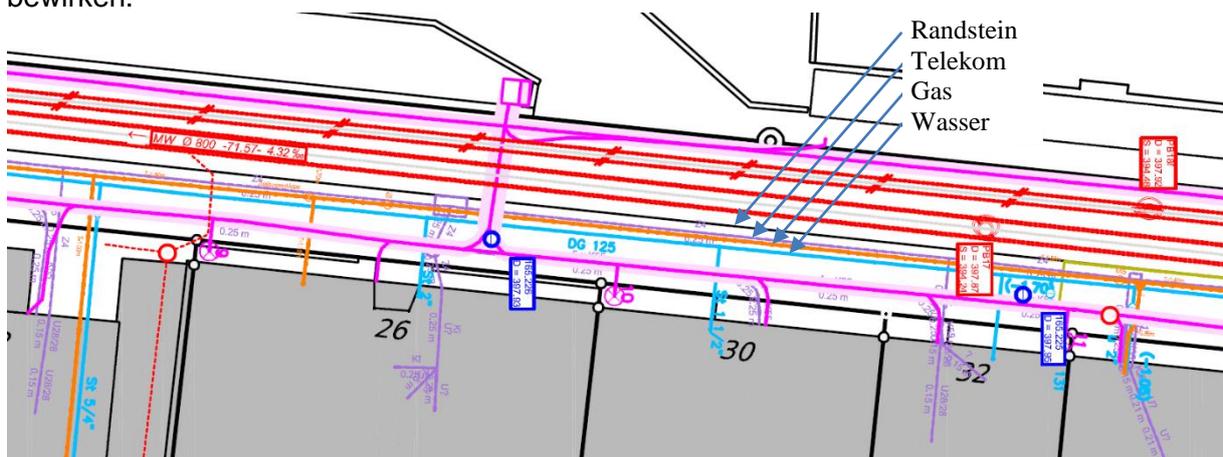


Abb: Leitungskataster

Mit der Realisierung des Neubaus auf dem Turuvani-Areal wird seitlich ein baumbestandener Platz für «Erholung» sorgen und die schiere Länge des vegetationslosen Strassenabschnitts brechen. Als Pendant dazu wurde anlässlich des Projekts Bahnhof Ost das Gespräch mit der SBB geführt, mit der Idee, auf dem tiefer liegenden Areal der SBB eine wenn auch kurze Reihe an Hochstämmern setzen zu können. Das Vorhaben kam nicht zustande. Bei künftigen baulichen Veränderungen kann das Anliegen einer vertikalen Begrünung wieder eingebracht werden. Das Areal wird jedoch heute und voraussichtlich auch in Zukunft für bahnbetriebliche Zwecke verwendet, es bestehen insofern keine baurechtlichen Einflussmöglichkeiten.

Möglichkeiten gäbe es auch auf privater Seite. Die Fassaden könnten teils begrünt werden, was zwar keinen Schatten, aber eine gewisse Kühlung bewirken könnte. Die Vorzonen könnten viel stärker begrünt werden und es dürfen zudem Sonnenstoren für die Aussennutzung realisiert werden.



Abb: Ansicht Tannwaldstrasse (2010)

Nach Ansicht des Stadtrates sind auf der Strassenebene und im Einflussbereich der Stadt keine effektiven Massnahmen möglich. Zwar könnten kleinere Schritte wie das Aufstellen von bepflanzten Gefässen geprüft werden, die aber nicht die im Auftragstext gewünschten schattenspendenden Elemente darstellen können und auch ihrerseits den Raum auf der zu Stosszeiten stark begangenen Route zu den Bildungsinstitutionen zusätzlich einengen. Die Fragestellung wird auf übergeordneter Ebene im räumlichen Leitbild und davon ausgehend im Rahmen eines zu erarbeitenden gesamtstädtischen Freiraumkonzepts, Klimakonzeptes und einer Masterplanung fürs Neuhardquartier weiterverfolgt. Gestützt auf diese Ausführungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den konkreten Auftrag mangels Erfüllbarkeit nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Luc Nünlist, Fraktion SP/Junge SP: Es freut mich sehr, wieder in dieser Runde vertreten zu sein. Ich komme direkt auf das Anliegen zu sprechen. Als wir den Vorstosstext formuliert haben, haben wir das Anliegen eigentlich bewusst relativ offen formuliert und Möglichkeiten offengelassen und wollten quasi dem Stadtrat den Ball zuspielen, damit er frei etwas damit machen kann oder sogar frei die Sportart wählen kann, welchen Ball er nehmen möchte. Der Stadtrat hat das Problem auch erkannt und sagt in der Beantwortung des Vorstosses selber, Zürich, Basel und weitere Städte und Kantone haben die Klimaanalyse, die Strategien und Massnahmenpläne vorgelegt. Die Konsequenz daraus ist eigentlich immer klar. Weniger versiegelte Böden und den Grünflächenbestand erweitern wäre wünschenswert. Ideal wäre, konkret auf die Tannwaldstrasse bezogen, eine Baumreihe. Wie so oft ist aber der Hebel des Parlaments in Olten zu früh oder zu spät angesetzt, und das ist ein wenig die Vorgeschichte. Netterweise legt der Stadtrat die Visualisierung von 2010 bei, als das Projekt vorgelegt und auch hier im Rat behandelt wurde. Damals war es aber zu früh, um sich für Grünflächenbestand einzusetzen, weil es im Plan war. Es ist ja auch in der Vorlage enthalten. Dort konnten wir nicht dafür kämpfen. Die Umsetzung, und diese ist natürlich in der Kompetenz des Stadtrates, ist dann auch zu Recht in Unkenntnis des Parlaments aber anders erfolgt. Die Grünflächen sind ersetzt worden, die Stelen, und durch Intarsien ersetzt worden. Für diejenigen, die nicht ganz familiär sind, Intarsien sind Perlmutter-Inlays auf Ahorn der Gitarre oder eben heller Teer auf dunklem Teer in unerkennbaren Formen in Olten. Ich

glaube, dass dies natürlich nicht ganz ein würdiger Ersatz für eine Baumallee ist, brauche ich nicht weiter auszuführen. Aber gebaut ist jetzt halt einmal gebaut, und dann ist es zu spät. Jetzt ist es aber schon zehn Jahre lang zu spät, um die Tannwaldstrasse aufzuwerten. Zehn Jahre, in denen tausende Passantinnen und Passanten täglich diese Visitenkarte von Olten, direkt hinter dem Bahnhof, begehen, also eine millionenfach ausgehändigte Visitenkarte, wenn man so will. Jetzt ist es also zehn Jahre her, 2022, und der Stadtrat meint, es sei wieder zu früh, um sich für Grünflächenbestand einzusetzen, nämlich bei künftigen baulichen Veränderungen könnte man das Anliegen allenfalls wieder aufgreifen. Er verweist, und da muss ich schon sagen, dass er aus meiner Sicht hier den Vogel abschießt, auf die Möglichkeit, dass Private eigentlich allenfalls beim Weg vorne auf 1,1 Meter den Grünflächenbestand etwas wahrnehmen könnten. Kleiner Clin d'oeil: Einzig das Café Jura hat diese Verantwortung wahrgenommen, Ihr kennt es vielleicht, und hat dort fünf Palmen platziert. Der Stadtrat sieht leider keine Erfüllbarkeit und möchte lieber noch ein wenig warten. In der Zwischenzeit geht er aber meiner Meinung nach von drei falschen Prämissen aus. Erstens zu idealistisch, weil enorme Kosten. Der Auftragstext lässt alles offen, und es sind keine konkreten Kosten genannt, auch in welcher Form man sie umsetzt, und verlangt eine Prüfung, Umsetzung. Wenn sie nicht in der Kompetenz des Stadtrates ist, darf er sie gerne auch noch einmal dem Parlament oder dem Volk vorlegen. Zweitens der Platzmangel. Dort geht es um 3,5 Meter Gehfläche und 4 Meter Fahrbahn, also 7,5 Meter. Diese 7,5 Meter, Lorenz Schmid korrigiert mich, sind Begegnungszone. Wir haben eine 20er-Zone, und alles, was Fuss- und Veloverkehr ist, hat immer Vorrang, und es ist längstens nicht mehr zeitgemäss, in einer Begegnungszone, also 20er-Zone, die Trennung von Gehweg und Fahrbahn vorzunehmen. Alles, was man machen müsste, wäre, sich etwas von diesem geraden, hindernisfreien Fahrweg für die wenigen Autos, die diese Strasse pro Tag benötigen, zu verabschieden und aber im Umkehrschluss den Gehweg massiv aufzuwerten. Dann ist nämlich auch der maximal gewünschte Fall einer Baumallee durchaus denkbar. Auf 7,5 Meter hat man dies. Drittens, und das ist eigentlich die Prämisse, die am meisten schade ist, dass später immer besser ist. Es war schon 2012 klar, gut, damals meinten wir noch, dass die Welt untergeht, dass wir mehr Grünflächen wollen. Es ist jetzt bei den Analysen, die wir vorliegend haben oder auf die man verweist von Bern, Basel und Zürich, klar, und jedes zukünftige gesamtstädtische Freiraum- oder Klimakonzept wird zum gleichen Ergebnis kommen, dass unversiegelte Böden und Grünflächenbestand wünschenswert sind. Deshalb ist es eigentlich schade, dass wir dies 2012 verpasst haben, einen Fehler gemacht haben und jetzt warten und diesen Fehler noch möglichst korrigieren möchten. Das macht diesen Fehler auch nicht besser. Es macht die Korrektur auch nicht günstiger. Je länger wir warten, ist die einzige Konsequenz, dass wir länger mit diesem Fehler leben müssen und werden halt täglich daran erinnert und alle tägliche Passantinnen und Passanten müssen es sich auch anschauen. Hitzeinseln, Belüftung der Stadt, das haben wir in der Begründung ausgeführt. Darauf möchte ich eigentlich gar nicht näher eingehen. Ich lade Euch aus den vorliegenden Gründen deshalb herzlich ein, dem Stadtrat diesen Ball noch einmal zuzuspielen und den Auftrag doch erheblich zu erklären. Merci.

Stadträtin Marion Rauber: Tatsächlich ist es so, wie Luc ausgeführt hat. Als man 2011/2012 den Bahnhof Olten Ost umgestaltet hat, hat in der Planung eine Visualisierung mit den Rankobelisken und den hinaufwachsenden Glyzinien vorgelegen, wie Ihr es in den Unterlagen sehen konntet, analog dem, was man einmal in der Sälistrasse versucht hat. Es war nämlich eigentlich damals schon klar, dass an der Tannwaldstrasse kein Platz für Bäume oder grössere Pflanzen vorhanden ist. In der weiteren Bearbeitung ist dann nach Beratung mit der zuständigen Kommission, ich habe im Archiv etwas geforscht, auch auf die Stelen verzichtet worden, und laut Protokollen ist man damals davon ausgegangen, dass man sich eher so etwas eine grosstädtische Gestaltung gewünscht hat, analog Zürich, ich glaube, es ist Gleis 14, wo die Gleise gerade fliessend ins Stadtgebiet integriert werden. Zudem ist man bei diesen zunehmend hohen Personen- sowie Pendler- und Pendlerinnenströmen davon ausgegangen, dass zusätzliche Engnisse in den sonst schon relativ schmalen Verhältnissen an der Tannwaldstrasse als problematisch angesehen wurden. Da ist man auch von den zuständigen Institutionen für seh- und mobilitätsbeeinträchtigte Menschen beraten worden. Ich muss hier kurz

Vergangenheitsbewältigung machen. Zum Zeitpunkt dieser Gestaltung ist man davon ausgegangen, dass auf dem Vorplatz der FHNW weiter vorne, wie auch in diesem Projekt visualisiert, wo man dies ja auch geplant hat, und parallel zur von-Roll-Strasse Bäume gesetzt würden. Man ist davon ausgegangen, dass man dort vorne dann eine massive Grünfläche. Das ist aber leider noch nicht so weit, wie wir alle wissen. Aber zurück zur Tannwaldstrasse: Es ist so, dass der bestehende komplexe unterirdische Leitungsbau und das ganze Strassenengnis immer noch bestehen und es gestalterisch sehr wenig Spielraum hat, damit man dies verändern kann. Aus diesem Grund schlagen wir Euch tatsächlich vor, diesen Auftrag mangels Erfüllbarkeit nicht erheblich zu erklären. Ich bin jetzt auf die Diskussion gespannt. Merci vielmals.

Philippe Ruf, SVP-Fraktion: Ich werde mir der Effizienz halber gleich erlauben, Tannwaldstrasse und Kirchgasse zusammenzufassen. Luc hat bereits beschrieben, worum es geht. Marion hat auch gesagt, wo die Problematiken liegen. Bei beiden Vorstössen sehen wir die Möglichkeiten und auch, wo die Möglichkeiten eben nicht vorhanden sind. Entsprechend werden wir bei der Tannwaldstrasse auch von der SVP dem Stadtrat folgen. Dort ist es wirklich nicht möglich, dass wir eine Beschattung werden erreichen können. Diesen Auftrag werden wir entsprechend ablehnen. Wir möchten beliebt machen, dass wir dies so handhaben. Gleichzeitig weist der Stadtrat bei der Kirchgasse auf das Leitungsnetz, das ziemlich komplex ist, hinweist. Dort ist es auch nicht ganz so einfach. Aber er schlägt Massnahmen vor, was man mit der Beschattung machen könnte. Bis jetzt sind auch schon ganz lässige Ideen gefunden worden, sei es beispielsweise mit den Sonnenschirmen. Wir folgen dem Stadtrat dort ebenfalls und werden bei der Kirchgasse für ein Ja plädieren, dass man diesen Auftrag erheblich erklärt. Dort ist es effektiv möglich, in Zusammenarbeit mit dem Gewerbe und den verschiedenen Stakeholders, eine solche Beschattung wenigstens anzugehen. Sicherlich sind auch die lässigen Töpfe mit den schönen Pflanzen, die es jetzt schon noch etwas zu wenig hat, aber es hat welche, vorhanden, und man sollte mit ihnen weiterarbeiten. Entsprechend plädieren wir von der SVP, dass wir den Auftrag Tannwaldstrasse mangels Umsetzbarkeit ablehnen, aber bei der Kirchgasse für ein Ja. Merci vielmals.

Tobias Oetiker: Olten jetzt! erachtet die Klimaentwicklung in der Stadt als sehr wichtiges Thema. Deshalb sind wir solchen Vorstössen gegenüber, die sich mit diesem Thema beschäftigen, positiv eingestellt. Im Fall der Tannwaldstrasse sehen wir aber auch, dass geometrische Probleme bestehen. Generell würden wir uns wünschen, dass solche Vorstösse etwas höher fliegend daherkommen. Der Stadtrat hat ja durchaus eigene Ressourcen, um zu schauen, wo man diese Klimageschichte in der Stadt sozusagen mit hohem Return on Investment besonders gut angehen kann. Nichts destotrotz werden wir mehrheitlich für diesen Vorstoss stimmen.

Lukas Lütolf: Die Grüne/Junge Grüne Fraktion ist ähnlich wie Luc doch ein wenig enttäuscht von der Mutlosigkeit des Stadtrates. Obwohl man in der Antwort auf den Auftrag die eigentlich unhaltbare Hitzesituation der Tannwaldstrasse einsieht, möchte man nicht einmal einen kreativen Lösungsansatz für eine temporäre Beschattung prüfen. Es wäre weder teuer noch besonders schwierig. So könnte man diese Frage zum Beispiel auch in Aufgabenstellung angehender Landschaftsarchitektinnen und –architekten oder Raumplanerinnen und –planer einbringen, wie man dies schon beim Thema Velostadt erfolgreich gemacht hat. Die Tannwaldstrasse ist wohl die meist belaufene Strasse in der ganzen Stadt, gehen doch tagtäglich tausende von Studentinnen und Studenten dort vorbei. Eine Betonwüste ist der Bildungsstadt Olten nicht würdig. Wir möchten den Auftrag erheblich erklären, mit der Erwartung, dass eine temporäre Lösung geprüft und gefunden wird. Wir möchten aber die Betonung zusätzlich auf die finale Lösung im räumlichen Leitbild legen, das der Stadtrat in seiner Antwort auch anspricht. Im aktuellsten Entwurf des räumlichen Leitbilds steht dazu, dass zur Klärung des Umgangs mit der Tannwaldstrasse unter anderem «eine allfällige Rückversetzung der Fassadenfluchten zu Gunsten des Strassenraums» zu prüfen ist. Wir möchten, anstatt die ganze Häuserzeile nach hinten zu verschieben, lieber die Unabdingbarkeit des motorisierten Individualverkehrs in dieser viel belauften 20er-Zone,

Zubringerdienst natürlich ausgenommen, auf der Tannwaldstrasse im besagten Abschnitt kritisch hinterfragen. In diesem Sinne ist die Grüne/Junge Grüne Fraktion für die Erheblicherklärung des Auftrags.

Manfred Schoger: Wir von der CVP/EVP/glp-Fraktion sehen die Beantwortung des Stadtrates eigentlich als sehr detailliert und sehr gut dargelegt. Er zeigt auch sehr gut auf, was angedacht war, was nicht möglich ist und wieso es nicht möglich ist. Aber wie Philippe Ruf möchte ich dieses Traktandum auch mit dem nächsten zusammennehmen. Man sieht an der Kirchgasse sehr gut, dass der Stadtrat über den Tischrand hinausdenken kann und sehr kreativ mit neuen Vorstössen, neuen Ideen und neuen Überlegungen kommt, wie man ein solches Thema angehen kann. Es ist so, dass wir bei der Tannwaldstrasse effektiv eine Visitenkarte haben. Es gibt tausende von Schülern, die zur Fachhochschule und Berufsschule gehen. Die Tannwaldstrasse ist der erste Eindruck, den diese Leute, wenn sie von auswärts nach Olten kommen, von dieser Stadt haben. Daneben ist es so, dass es im Sommer effektiv heiss werden kann und es Hitzeinseln gibt. Von daher wäre eigentlich eine Massnahme wie eine Begrünung oder Bäume sehr wünschenswert. Einerseits ist es eine Aufwertung der ganzen Strasse, was eine bessere Visitenkarte abgibt, und andererseits macht man etwas für das Klima. Wie schon gesagt sind wir ein wenig enttäuscht, dass der Stadtrat hier nicht eine ähnlich kreative Lösung gefunden hat, das Problem anzugehen, wie an der Kirchgasse. Wir haben gesehen, dass es an der Kirchgasse sehr gut ankommt. Die Leute haben es sehr, sehr wohlwollend aufgenommen. Der Stadtrat hat sich dort selber das Ziel gesetzt, jedes Jahr etwas Anderes zu machen, so dass er bei den Leuten die Neugier weckt im Sinne von was machen sie nächstes Jahr? Es ist spannend. Wir wollen etwas sehen. Wir würden es begrüßen, wenn der Stadtrat bei der Tannwaldstrasse etwas Ähnliches machen würde, über den Tellerrand hinausdenkt. Auch noch würden wir begrüßen, dass man dort noch etwas weiterdenkt. Vor der Fachhochschule haben wir einen grossen Platz, der auch nur ein Haufen Beton ist. Vielleicht gibt es ja dort eine Möglichkeit, dass man etwas machen könnte im Sinne von, dass man die Attraktivierung und Begrünung des Gebiets der Tannwaldstrasse bis zur Fachhochschule lösen könnte. Auch wenn die Idee des nächsten Traktandums vielleicht nicht ganz im Sinne der Autoren des Auftrags ist, finden wir die Idee bei der Kirchgasse gut, und wir werden beide Aufträge erheblich erklären.

Thomas Fürst: Auch ich erlaube mir aus Gründen des sachlichen Zusammenhangs und der Effizienz an dieser Stelle gleich auch zum Auftrag betr. Begrünung Kirchgasse Stellung zu nehmen. Auch die Fraktion der FDP ist der Ansicht, dass der Stadtrat durchaus differenziert und nachvollziehbar begründet hat, wieso der Auftrag betr. Tannwaldstrasse sinnvollerweise nicht erheblich zu erklären ist und betr. Kirchgasse demgegenüber erheblich zu erklären ist. Abweichend vom Antrag des Stadtrates ist die Fraktion aber der Meinung, dass im Sinne des ursprünglichen Auftrags, jetzt spreche ich von der Kirchgasse, durchaus auch eine Begrünung und eben nicht nur eine Beschattung weiter in Erwägung gezogen werden sollte. Dies zwar wohlverstanden nicht im Sinne von Bäumen, aber allenfalls einer teilweisen grünen Überdachung. Zentral ist in diesem Zusammenhang in der Tat, dass eine Lösung das Gewerbe und die möglichst vielfältige Nutzung der Kirchgasse nicht behindert. Entsprechend stimmen wir beim Auftrag betr. Tannwaldstrasse für nicht erheblich und beim Auftrag betr. Kirchgasse für erheblich.

Beschluss

Mit 26 : 14 Stimmen wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktion Bau, Kurt Schneider, Lorenz Schmid
Direktion Bau, Urs Kissling, René Wernli, Markus Lack
Stadtkanzlei, Vorstossliste
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Januar 2022

Prot.-Nr.

Auftrag Florian Eberhard und Luc Nünlist (Fraktion SP/JSP Olten) betr. Kirchgasse begrünen/ Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 25. März 2021 wurde von Florian Eberhard und Luc Nünlist (Fraktion SP/JSP) ein Auftrag mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Kirchgasse stärker begrünt werden kann, so dass Hitzeinseln zukünftig verhindert und die Aufenthaltsqualität durch mehr natürlich schattenspendende Elemente erhöht werden kann.

Begründung

In der Stadt Olten hat man es bei verschiedenen grossen Projekten verpasst, eine angemessene Bepflanzung mit Bäumen anzugehen. Erschreckende Beispiele hierfür sind am neu geplanten Bahnhofsplatz zu finden, der Tannwaldstrasse, aber auch an der Kirchgasse.

Im Auftrag wird bewusst auf eine einschränkende Formulierung verzichtet, inwiefern die Begrünung umgesetzt werden soll. Grundsätzlich finden wir eine Variante mit fest installierten Stadtbäumen die sinnvollste, sind aber offen für andere kreative Lösungsansätze, welche die Aufenthaltsqualität erhöhen, mehr Schatten spenden und Hitzeinseln lindern.

Eine Begrünung der Kirchgasse hilft die bereits irreparablen Schäden des Klimawandels etwas zu lindern. Stadtbäume werden im Zusammenhang mit dem sich wandelnden Stadtklima enorm wichtig. So können in der Innenstadt «Hitzeinseln» entstehen, wodurch im Stadtzentrum die Temperaturen an Hitzetagen um sechs bis zehn Grad höher sein können als am Stadtrand. Insbesondere ältere Menschen und Kleinkinder sind von den gesundheitlichen Folgen einer Hitzeperiode mit Tagesmaxima von über 30 °C über mehrere Tage stark betroffen. Wissenschaftliche Analysen belegen die Korrelation zwischen den hohen Tages- und Nachttemperaturen und der Sterblichkeit. ^{[1][2]}

Mit der Verkehrsbefreiung der Kirchgasse wurde ein wertvolles Fundament für die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt gelegt. Durch die sehr asphaltlastige Gestaltung dieses öffentlichen Raums entwickeln sich im Sommer sehr hohe Temperaturen und der Platz lädt kaum zum Verweilen ein. Durch eine stärkere Begrünung der Kirchgasse kann das Potential der Innenstadt ausgeschöpft und die Aufenthaltsqualität erhöht werden.

Das oft verwendete Argument der wegfallenden Flexibilität lassen wir nur bedingt gelten. Marktstände und auch die Chilibstände können problemlos und mit Mehrwert um und unter Bäumen platziert werden. Einzig das Beachvolley-Turnier im Sommer müsste unter Umständen auf einen anderen Platz ausweisen, beispielsweise direkt neben die Badi auf das Areal der Schützi.

[1] Swiss TPH: Effekt von Hitzeperioden auf die Sterblichkeit und mögliche Adaptionmassnahmen

[2] Bundesamt für Umwelt (2018): Hitze in Städten: Grundlage für eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung.»

- - - -

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der Klimawandel führt zu einem Anstieg der Durchschnittstemperaturen, Extremwerte und Hitzetage in der Sommerzeit. Grössere Städte erhitzen überproportional stark im Verhältnis zum begrünten Umland. Die heissen Sommer der vergangenen Jahre haben die Problematik für uns alle spürbar gemacht. Zürich, Basel und weitere Kantone und Städte haben Klimaanalysen, Strategien und Massnahmenpläne vorgelegt. In der Stadt Zürich werden aktuell umfangreiche politische Aufträge bearbeitet und Ressourcen aufgebaut. Der Kanton Solothurn ist an der Erarbeitung einer kantonalen Klimaanalyse. Im Entwurf für das räumliche Leitbild der Stadt Olten ist vorgesehen, der Entwicklung in Richtung einer klimaangepassten Siedlungsstruktur Rechnung zu tragen, indem der Anteil unversiegelter Flächen in zentrumsnahen Stadtteilen erhöht und der Baum- und Grünflächenbestand gesichert und erweitert wird. Bei zukünftigen städtebaulichen Entwicklungen soll die Durchlüftung des Stadtgebietes stärker mitberücksichtigt werden. Als Grundlage wird die Erarbeitung eines Konzepts zur Klimaanpassung, basierend auf der erwähnten kantonalen Klimaanalyse lanciert.

Massnahmen gegen die Hitzeentwicklung sind auf gesamtstädtischer sowie auf lokaler Ebene möglich. Die grossräumigen Einflussmöglichkeiten sind allerdings gering und müssen sich letztlich durch die Addition von Einzelmassnahmen einstellen. Die topografische Situation ist in Olten prinzipiell günstig, bedingt durch die nahen Hügelzüge, deren kühlende Luft bei hohen Temperaturen in den Siedlungskern gezogen wird. Für die Beurteilung der Hitzesituation und für die Planung von Massnahmen für einen konkreten Ort bedürfte es einer aufwändigen Klimasimulation. Ohne diese Grundlage kann eigentlich nur gemutmasst werden. Gängige Massnahmen sind Beschattung, Begrünung, Wasser (Verdunstungskühle), Entsiegelung und Einsatz von wärmereflektierenden Materialien (Albedo-Effekt). Hohen Stellenwert haben Stadtbäume, aufgrund der hohen Schattenwirkung plus Verdunstungskühle. Fassaden- und andere Vertikalbegrünungen wie bspw. Installation von Rankgerüsten sind noch wenig verbreitet, zumal mit hohen Erstellungskosten verbunden und unterhaltsintensiv. Auch die ökologische Qualität von Dachbegrünungen kann noch stark gesteigert werden.

Die Kirchgasse ist historisch und typologisch ein Marktplatz. Im Projekt für die Umgestaltung 2013 wurde der Bestand städtebaulich konsequent in die heutige Zeit übersetzt. Die Kirchgasse resp. der um die innere Baslerstrasse erweiterte Kirchplatz ist im direkten Wechselspiel zum baumbestandenen Munzingerplatz zu lesen. Die Diskussion zur Schaffung resp. zum Erhalt einer Grünanlage im Zentrum sollten nach Auffassung des Stadtrates in diese Richtung gehen. Aus diesem Grund empfiehlt er den Auftrag betr. «Belebter Munzingerplatz für alle» erheblich zu erklären.

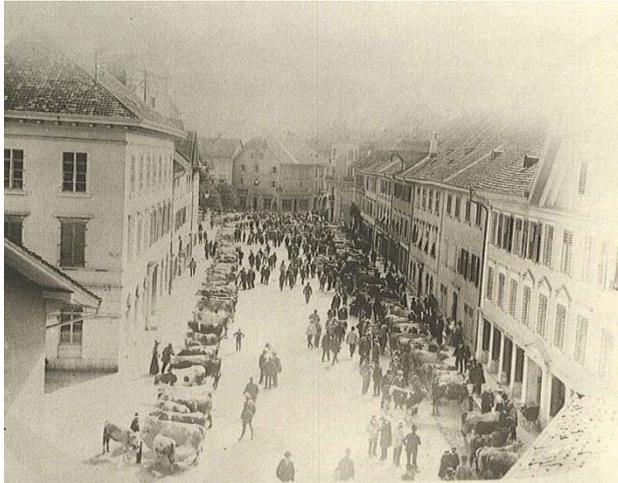
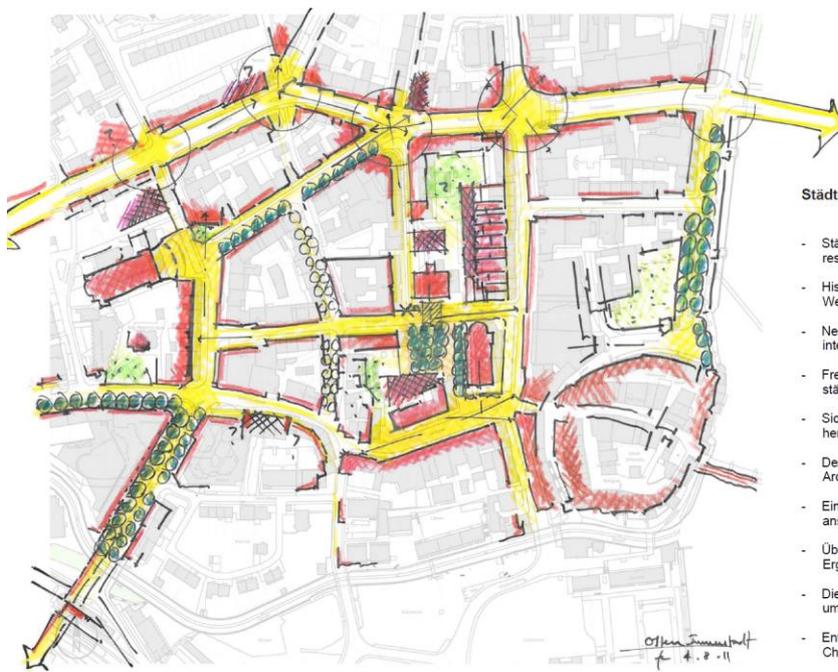


Abb: Kirchgasse 1904



Städtebauliche Gestaltungsprinzipien

- Städtebauliche Eigenheiten und Qualitäten sichtbar machen und respektvoll weiterentwickeln
- Historisch bedeutsame und qualitätsvolle Gebäude und Strassen in Wert setzen
- Neue bauliche Ergänzungen mit „savoir-faire“ und Sensibilität integrieren
- Freiräume in ihrer Gesamtheit betrachten und gestalten, ihre Identität stärken
- Sichtbeziehungen, in der Ferne und in der Nähe, respektieren und hervorheben
- Dezenste, warme Beleuchtung anstreben und einige bedeutsame Architekturelemente oder -ensembles als Blickfänge inszenieren
- Einheitliche, schlichte und nutzungsgerechte Gestaltung der Freiräume anstreben (Belag, Möblierung, Signalisation, Plakatierung, etc.)
- Überprüfung der best. Grünelemente in Bezug auf Erhaltung, Ergänzung und Erneuerungen
- Die Stadtebene (Niveau der Strassen, Gassen und Plätze) mit den umliegenden Gebäude in Einklang bringen
- Entwässerungselemente und Neigungen der Bodenbeläge je nach Charaktereigenschaften der Freiräume unterschiedlich anlegen

Abb: Strategie Innenstadt 2012: Philosophie Städtebau / Landschaft (Pierre Feddersen, 4.8.2011)

Grundlage für die Neugestaltung bildete die umfangreiche Mitwirkung der Bevölkerung und Politik im Rahmen der «Strategie Innenstadt 2012» und der erklärte Wille, einen vielseitig nutzbaren Platz zu schaffen. Die damalige Befürchtung, vielleicht werde niemand diesen Platz nutzen, hat sich nicht bewahrheitet. Die neue Kirchgasse wurde zu jeder Zeit intensiv genutzt. Eine Bepflanzung würde zudem die Nutzungsmöglichkeiten für Grossanlässe wie Kilbi, Beachevent usw. schmälern. Das Gestaltungskonzept hat sich bewährt. Daran ist festzuhalten.

Die Kirchgasse ist sozusagen das Herz im Leitungsnetz auf der linken Stadtseite. Zwischen den Leitungslagen könnten aber einzelne Bäume oder Baumgruppen gesetzt werden. Die Wertvernichtung und Kosten wären politisch zu würdigen. Der Stadtrat rät aus vorgenannten Überlegungen zur Nutzung und Gestaltung davon ab, diese Option zu verfolgen.

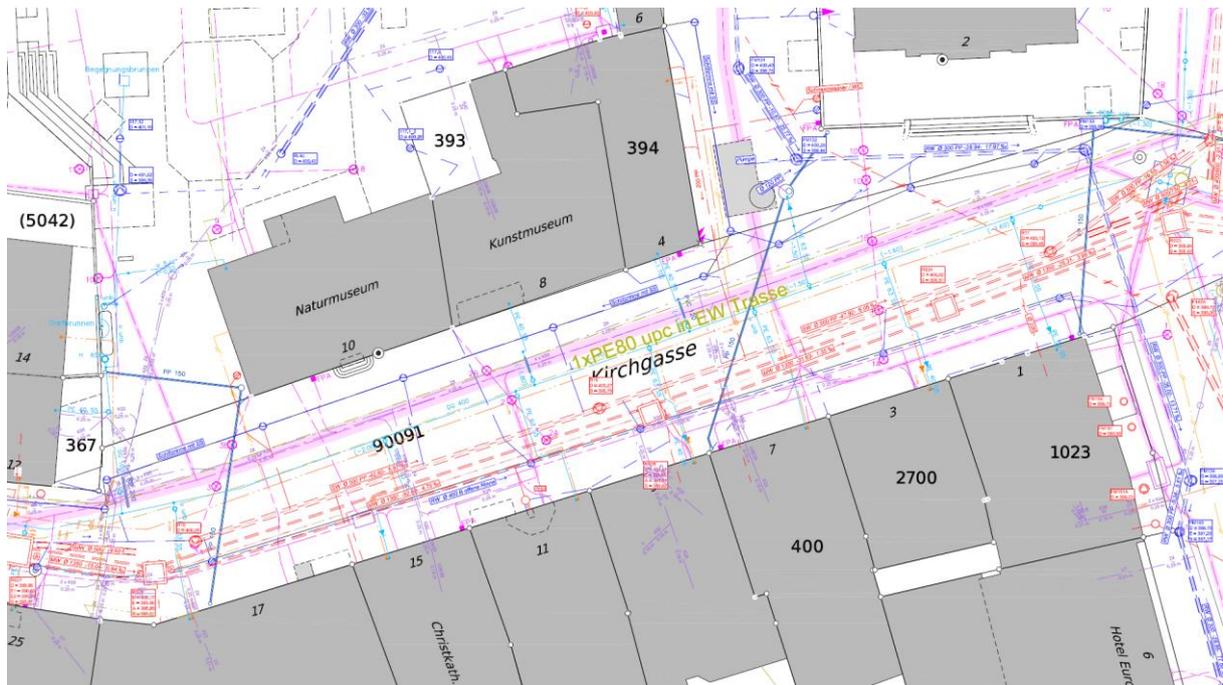


Abb: Leitungskataster

Von Mai bis September 2020 war die Kirchgasse mit einem bunten Dach aus Regenschirmen geschmückt. Die von Gewerbe Olten, der Stadt und a.en/sbo gemeinsam durchgeführte Aktion war ein grosser Erfolg für das lokale Gewerbe und sehr beliebt bei der Bevölkerung und Gästen. Das Internationale Photo Festival IPFO plant zurzeit auf Eigeninitiative eine Installation mit farbigen Tüchern. Eine Möglichkeit wäre, dass die Stadt den Lead in dieser Sache übernimmt und für eine dauerhafte oder wechselnde Installation mittels Sonnensegeln oder anderen Objekten sorgt. Das Vorgehen wäre mit verschiedenen Interessenten, insbesondere dem Gewerbe Olten und der a.en/sbo, sowie weiteren Interessierten und Sponsoren auszuloten.



Abb: Schirmaktion im Sommer 2020

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen ist der Stadtrat bereit, eine Beschattung der Kirchgasse mittels Sonnensegeln oder wechselnden Installationen zu prüfen. Dabei soll eine Zusammenarbeit mit dem Gewerbe und weiteren Interessierten oder Sponsoren angestrebt werden. Andere Möglichkeiten für die Hitzereduktion können sich allenfalls später, auf

Grundlage des erwähnten Klimakonzeptes, abzeichnen. Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeindeparlament, den Auftrag in diesem erweiterten Sinne für erheblich zu erklären.

- - - -

Lea Jäggi: In der Fraktion waren wir über die Beantwortung des Stadtrates, diesen Vorstoss erheblich zu erklären, sehr erfreut. Wir von der SP/Jungen SP sehen in der Begründung der Kirchgasse den logischen nächsten und vor allem tatkräftigen Schritt einer Gesamtstadtentwicklung. Die Antwort des Stadtrates bezüglich der Erheblichkeit begrüßen wir zwar und sind froh, dass der Stadtrat Massnahmen gegen Hitzeinseln einsieht und auch einsieht, dass etwas dagegen gemacht werden muss, vor allem, weil die Durchschnittstemperaturen im Sommer wirklich hinaufgehen und es auf der Kirchgasse sehr, sehr heiss ist, aber wir fordern konkrete Massnahmen sowie klare nächste Schritte des Stadtrates. Die Idee des Sonnensegels ist für uns eine Massnahme, die wenig mit einer Begründung zu tun hat und der Auftrag für uns so klar nicht erfüllt. Langsam müssen wir sicher die Idee mit der Piazza auf der Kirchgasse verabschieden. Der gelegte Belag ist schon einmal nicht passend, und deshalb ist es eigentlich viel wichtiger, eine sinnvolle Begründung oder auch Bepflanzung zu wählen, welche erstens unserem Stadtbild entspricht und damit vor allem auch in der Zukunft Hitzeinseln verhindert werden können. Deshalb ist der Vorstoss von Luc und Florian auch bewusst nicht einschränkend formuliert worden. Wir finden, es braucht eine Lösung für eine Begründung, welche technisch am Sinnvollsten ist und ins Stadtbild passt. Wir sind wirklich keine Expertinnen und Experten in diesem Bereich. Wir dachten, man könnte die Stadtgärtnerei oder externe Leute fragen. Wir würden uns sehr freuen, und es hat vorhin schon sehr so getönt, dass dieser Auftrag von allen erheblich erklärt wird. Merci vielmals.

Stadträtin Marion Rauber: Es ist tatsächlich auch dem Stadtrat nicht entgangen, dass sich die klimatische Ausgangslage in den letzten Jahren markant verändert hat, und dies betrifft natürlich auch städtebauliche Anliegen. Ist man vor zehn Jahren mit der Strategie Innenstadt noch davon ausgegangen, dass die neue Kirchgasse mit dem Kronenplatz, wie es Lea schon erwähnt hat, als grosszügige Piazza in erster Linie für Veranstaltungen und zum Flanieren dienen soll, ist es heute auch unser klarer Auftrag, alles zu unternehmen, um das Stadtklima und die Aufenthaltsqualität merklich zu verbessern. Die Zeit ist schnelllebig geworden, auch die Bedürfnisse an eine Stadt ändern dauernd, und es ist nicht wie früher, als man immer erwartet hat, dass man etwas ändert, bis wieder ein Generationenwechsel vollzogen wurde. Aus diesem Grund ist es sicher nicht falsch, mit dem heutigen Wissensstand und der Sensibilisierung für gute stadtklimatische Bedingungen noch einmal über die Bücher zu gehen. Das zeigen auch die aktuellen Projekte Baslerstrasse, Mühlegasse und Hübelistrasse, die wir gerade abgeschlossen haben, bei denen bei der Neugestaltung bewusst mehr Bäume als früher gepflanzt wurden. Die Stadt Olten hat übrigens in den letzten Jahren im Schnitt jährlich 20 bis 30 zusätzliche Bäume zum alten Baumbestand dazu gepflanzt. Im Jahr 2021 sind in der Stadt total 37 neue Bäume gepflanzt worden. Bei der relativ neuen Kirchgasse muss aber sicher über die Verhältnismässigkeit diskutiert werden, wenn es dann darum ginge, massive bauliche Veränderungen nach so kurzer Lebenszeit einzuleiten. Einige vorhandene Begebenheiten, das haben wir in der Beantwortung auch beschrieben, wie auch das unterirdische Leitungsnetz, verunmöglichen natürlich gewisse Massnahmen zum Vornherein. Trotz dieser gewissen Vorbehalte schlägt der Stadtrat aber vor, diesen Prüfungsauftrag erheblich zu erklären, weil wir das Anliegen der Initianten des Auftrags grundsätzlich unterstützen und auch gemäss unserem aktuellen Regierungsprogramm das Thema besseres Stadtklima künftig mehr gewichten wollen. Bei einer Erheblicherklärung des Parlaments werden wir die Machbarkeit von zusätzlichen Bepflanzungen sowie weitere Beschattungsinstitutionen gerne prüfen. Merci vielmals.

Yael Schindler Wildhaber: Die grüne Fraktion erklärt den Auftrag natürlich auch erheblich. Wir haben in der Fraktion noch lange darüber diskutiert, ob die Kirchgasse zwingend mit Bäumen bepflanzt werden müsste oder nicht. Es ist klar, dass Bäume stärker abkühlen als

Temporärinstallationen. Das wissen wir alle. Bäume bringen natürlich auch sonst noch viele Vorteile. Das ist auch unbestritten. Wir dachten auch, wenn der Munzingerplatz einmal autofrei sein wird, werden wir den Schatten dort nutzen können. Momentan können ja nur die Autos den Schatten nutzen. Hoffentlich wird dies später dort ändern. Deshalb ist auch der zwingende Baumschattenbedarf auf der Kirchgasse ein wenig kleiner. Wir gehen mit dem Stadtrat auch einig, dass der grosse freie Marktplatz, so wie er jetzt ist, verschiedene Nutzungsformen zulässt. Das ist ein sehr grosser Wert für eine Stadt. Wir finden deshalb den Vorschlag des Stadtrates, die Beschattung mit Sonnensegeln oder wechselnden Installationen zu prüfen, sehr unterstützenswert. Es sollten aber zudem auch möglichst grosse Bäume in Pflanzencontainern aufgestellt werden, wie es jetzt schon ist. Aber es gibt noch grössere. Diese könnte man dann bei Bedarf verschieben. Ebenfalls sollte man prüfen, ob man auch Wasserflächen, wie beispielsweise das Wasserspiel auf dem Bundesplatz, einfach ein wenig kleiner, installieren könnte. Natürlich ist dies ein teurer Spass. Das ist uns klar. Aber allenfalls gibt es auch Sponsoren, die sich für so etwas finden lassen. Dass es ein grosser Mehrwert für das Stadtklima und auch für die Besucherinnen und Besucher der Kirchgasse, insbesondere natürlich für die Kinder, scheint uns auch unbestritten. In diesem Sinne erklärt die grüne Fraktion, den Auftrag einstimmig erheblich.

Luc Nünlist: Ich möchte nur noch einen Punkt anfügen, der für mich ein ganz wichtiger ist. Merci vielmals, Marion, für die Beantwortung und die Ausführungen dazu. Ich höre gerne, dass Ihr dies noch prüfen werdet und auch weitere Varianten prüfen werdet. Der Vorstosstext ist bewusst sehr offen gehalten. Aber eine Variante lässt er nicht offen, und das sind die natürlich schattenspendenden Elemente. Wir fanden die Schirme alle sehr nett. Das wäre im Vorstosstext explizit nicht gemeint, einfach damit wir die Präzisierung noch erwähnt haben. Natürlich müssen schattenspendende Elemente irgendwo etwas mit der Natur zu tun haben, und das haben Schirme und Sonnensegeln in diesem Sinne nicht. Das schliesst sie nicht aus. Man kann sie auch noch irgendwo aufhängen. Aber in diesem Moment würde es wirklich auch darum gehen, ein wenig Natur in die Stadt zu bringen, in welcher Form auch immer.

Stadträtin Marion Rauber: Ich möchte Luc gerne kurz bekräftigen, dass wir den Auftrag schon so entgegennehmen und nicht einfach das Gefühl haben, wir müssen jetzt grüne Sonnensegel aufhängen. Wir reden schon von Pflanzen.

Beschluss

Mit 39 : 1 Stimme wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktion Bau, Kurt Schneider, Lorenz Schmid
Direktion Bau, Urs Kissling, René Wernli, Markus Lack
Stadtkanzlei, Vorstossliste
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. Januar 2022

Prot.-Nr. 40

Überparteilicher Auftrag Myriam Frey Schär (GO) und Mitunterzeichnende betr. Erwerb der Winkelunterführung durch Stadt/Beantwortung

Myriam Frey Schär und Mitunterzeichnende haben mit Datum vom 1. Februar 2021 einen überparteilichen Auftrag mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, dem Eigentümer ein faires Kaufangebot für die Winkelunterführung zu unterbreiten. Sollte dieser das Kaufangebot ausschlagen, ist ein Enteignungsverfahren einzuleiten.»

Begründung:

Der Eigentümer des Winkels hat gegenüber der Öffentlichkeit die Pflicht, die Winkelunterführung so zu unterhalten, dass diese sich sauber und freundlich präsentiert und von allen angstfrei benutzt werden kann. Dass er diese Pflicht nachweislich vernachlässigt, legt die Vermutung nahe, dass der Zustand der Unterführung und deren Funktion als Stadtteilverbindung keine vordringlichen Anliegen für den Eigentümer sind. Die Interessen der Öffentlichkeit, namentlich das Recht auf eine saubere, sichere Stadtteilverbindung, sind indes unbestritten höher zu gewichten als seine Eigentumsrechte an dieser zentralen Langsamverkehrsachse. Als einzige namhafte Verbindung für Fussgängerinnen und Fussgänger zwischen der rechten und linken Stadtseite gehört die Winkelunterführung aber auch ganz grundsätzlich nicht in private Hände. Es war ein Fehler, diese Verkehrsachse seinerzeit zu verkaufen. Mit diesem Auftrag kann dieser Fehler rückgängig gemacht werden.

Nützliche Informationen zum Thema Enteignung:

Autor: Beat Soltermann für SRF, gepostet am 5.12.2019 auf

<https://www.srf.ch/news/schweiz/spielregeln-bei-enteignungen-wann-kann-der-staat-eigentum-wegnehmen>

Spielregeln bei Enteignungen - Wann kann der Staat Eigentum wegnehmen?

Was ist eine Enteignung?

Grundsätzlich ist von einer Enteignung immer dann die Rede, wenn der Staat einem Privaten Eigentum wegnimmt. In der Schweiz ist das Eigentum durch die Bundesverfassung garantiert. Deshalb erfolgt die Enteignung nach klar vorgegeben Regeln.

Warum kommt es zu Enteignungen?

Die Gesellschaft ist auf eine moderne Infrastruktur angewiesen. Strassen, Eisenbahnlinien oder Rohrleitungen entstehen nicht im luftleeren Raum. Sie beanspruchen Land, welches in der Regel bereits jemandem gehört – und welches beim Bau enteignet wird.

Welche Enteignungen gibt es?

Juristinnen und Juristen unterscheiden zwei Formen: Eine formelle Enteignung liegt dann vor, wenn das Eigentum weggenommen und auf einen anderen übertragen wird – etwa, wenn der Staat ein Stück Land für den Bau einer Strasse braucht. Bei einer materiellen Enteignung bleibt der Betroffene zwar Eigentümer, jedoch wird ihm das Recht, seine Sache zu nutzen, so stark eingeschränkt, dass die Auswirkungen fast gleich sind wie bei einem Eigentumsentzug – zum Beispiel, wenn ein Gebäude unter Denkmalschutz gestellt und baulich nicht mehr verändert werden darf.

Wann darf der Staat enteignen?

Es müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein: Erstens braucht es eine genügende gesetzliche Grundlage. Zweitens muss ein öffentliches Interesse an der Enteignung vorliegen. Und drittens muss der Vorgang verhältnismässig sein.

Darf nur der Bund enteignen?

Nein, auch die Kantone und die Gemeinden dürfen unter gewissen Voraussetzungen Enteignungs-Verfahren einleiten.

Wann gibt es eine Entschädigung?

In der Regel gibt es als Ersatz für das enteignete Eigentum eine Entschädigung. Diese bemisst sich entweder nach dem objektiven Verkehrswert oder dem subjektiven Ertragswert. In einigen Kantonen gibt es zusätzlich einen prozentualen Unfreiwilligkeitszuschlag. Dieser kann bis zu 20 Prozent des Verkehrswerts betragen.

Und wann gibt es keine Entschädigung?

In Ausnahmefällen entfällt eine Entschädigung. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn der Eingriff in die Eigentumsgarantie so gering ist, dass keine materielle Enteignung vorliegt.

Wie viele Enteignungen finden statt?

Der Bund führt keine Statistik darüber, wie viele Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz jährlich enteignet werden. In Juristenkreisen heisst es, es komme vergleichsweise selten zu gerichtlichen Verfahren. Öfter akzeptierten die Betroffenen das Entschädigungsangebot – oder einigen sich aussergerichtlich.

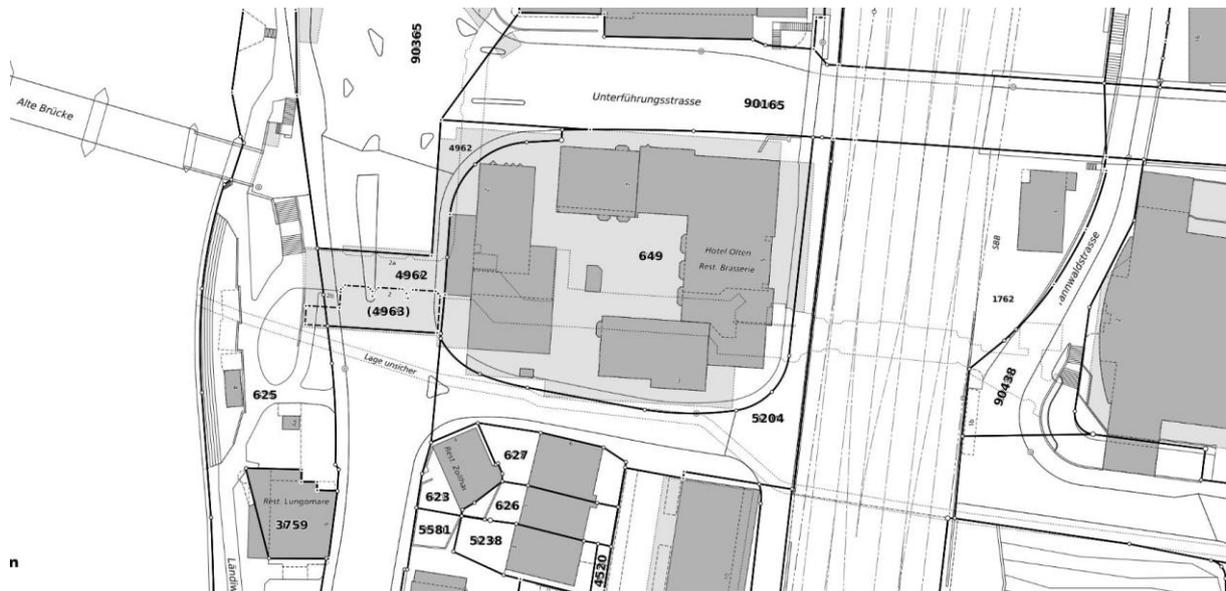
Wie gut ist das Eigentum in der Schweiz geschützt?

Sehr gut. Die Schweiz liegt auf dem «International Property Rights Index 2019» auf Rang 2 – hinter Finnland, aber vor allen anderen Ländern dieser Welt.»

- - - -

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet den überparteilichen Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die Winkelunterführung spielt eine wichtige Rolle als zentrale und von allem anderen Verkehr abgetrennte Fusswegverbindung zwischen den Stadtteilen. Die Eigentumsrechte an dieser Verbindung liegen bei verschiedenen Rechtspersonlichkeiten. Es liegt nahe, dass mit dem vorliegenden Auftrag der Abschnitt im Bereich der Liegenschaft GB Olten Nr. 649 angesprochen wird, welcher sich im Besitz von SMP Invest AG befindet. Die Eigentumsverhältnisse in den Abschnitten der Verbindung unter den Geleisenanlagen der SBB resp. der Kantonsstrasse sind mittels Vertrag vom 14. September 1978 resp. Vereinbarung vom 10. Februar 1981 geregelt. Im Bereich des Aareufers (GB Olten Nr. 625) und bei der Tannwaldstrasse (GB Olten Nr. 90438) liegt das Eigentum am Unterführungsbauwerk vollständig bei der Stadt.



Es hat viel Zeit und Aufwand gekostet, in der Zwischenzeit kam aber die SMP Invest AG dem Anliegen des Auftrages – auf eine saubere, sichere Stadtteilverbindung – nach. Die Erneuerung der Beleuchtung und Deckenuntersicht ist abgeschlossen. Im Quergang zur Post wurde der Auftrag erteilt, die Beleuchtung zu verbessern und die Seitenwände aufzuhellen. Dieser Abschnitt liegt nicht in der Verantwortung der SMP Invest AG.

Das Grundeigentum hat in der Schweiz einen hohen Stellenwert, dadurch stehen einer Enteignung hohe rechtliche Hürden entgegen. Eine Enteignung ist nur möglich, wenn ein Enteignungstitel vorliegt, was angesichts des bereits bestehenden Fusswegrechts fraglich ist. Das planerische Werkzeug dazu ist der Erschliessungsplan. Die Grundeigentümerin kann sich mit den vorgegebenen Rechtsmitteln gegen ein Enteignungsverfahren zur Wehr setzen. Zudem besteht auch bei einer Enteignung ein Anrecht auf eine Entschädigung, welche dem Wert entspricht. Diesen legt die Schätzungskommission fest und auch dieser Entscheid ist anfechtbar.

Ein fairer Preis ist dann möglich, wenn beide Seiten ein gemeinsames Interesse verfolgen und sich einig werden. In den bisherigen Verhandlungen in der Vergangenheit war dies nicht der Fall, das zeigt sich in den hohen Preisvorstellungen der Eigentümerin. Zudem ist die Unterführung kein freistehendes Bauwerk. Man erwirbt einen Anteil einer Gesamtbaute. Mit dem Kauf entstehen somit auch Rechte und Pflichten für den baulichen und betrieblichen Unterhalt der gesamten Anlage. Diese Betriebskosten fallen heute vollständig bei der SMP Invest AG an.

Ein Erwerb ist also mit hohen Investitions- und Folgekosten verbunden und bindet die finanziellen Mittel der Stadt. Der Enteignungsprozess ist zusätzlich mit hohen Prozessrisiken verbunden. Der Zusatznutzen aus einem Erwerb ist hingegen kaum vorhanden. Erst eine zusätzliche Investition kann einen Mehrwert für z. B. eine Radwegverbindung bringen.

Dem eigentlichen Ziel des Auftrages – eine saubere, sichere Stadtteilverbindung – wurde auf dem Abschnitt der SMP Invest AG inzwischen nachgekommen. Das bisher erfolglose Gespräch betreffend Öffnung der Unterführung für den Veloverkehr kann zwar mit der Eigentümerin erneut gesucht werden. Ein Erwerb hingegen wäre mit grossen Kosten- und Prozessrisiken verbunden; daher empfiehlt der Stadtrat diesen Auftrag nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne/Junge Grüne: Zuerst vielleicht zwei Bemerkungen. Die erste ist zur Klärung. Wenn wir in diesem Auftrag von der Winkelunterführung sprechen, meinen wir den Weg an sich und nicht etwa noch die Geschäfte rechts und links, idealerweise vielleicht noch die Vitrinen gegen die alte Aarauerstrasse, damit man dies als Gesamtes auch noch gestalten könnte. Wenn allerdings der Eigentümer seine lange Shisha-Bar nicht mehr bräuchte und sie günstig dazugeben würde, könnten die Stadt sie herausspitzen und nicht nur Mischverkehr, sondern sogar einen eigenen Veloweg machen. Das wäre einfach so eine Idee. Aber grundsätzlich reden wir von der Strasse als solche. Die zweite Bemerkung ist, dass ich in meinen zwölfjährig Jahren Gemeinderat zu keinem Thema nur annähernd so viel gutes Feedback aus der Bevölkerung erhalten habe und zwar über sämtliche politische Geschmacksrichtungen hinweg. Das hat mich gefreut. In den Achtziger Jahren, als der Winkel in seiner heutigen Form bewilligt wurde, hat die Stadtverwaltung einen ganz folgeschweren städtebaulichen und verkehrsplanerischen Fehler gemacht. Sie hat die einzige bedeutende Fussgängerquerung zwischen den beiden Stadtteilen in Privatbesitz gegeben. Das hätte nie passieren dürfen. Unsere Motion zum Erwerb der Winkelunterführung hat ein einziges Ziel, und dieses Ziel ist, diesen Fehler rückgängig zu machen. Dass der Zustand der Winkelunterführung schlecht ist, dass sie längstens hätte renoviert werden sollen, dass die Anliegen der Fussgängerinnen und Fussgänger seit Jahren systematisch ignoriert werden und dass die Unterführung eine katastrophale Visitenkarte für unsere Stadt ist, darüber reden wir seit vielen Jahren. Das muss jetzt eigentlich auch nicht mehr im Detail verhandelt werden. Trotzdem noch einmal ein paar Stichworte zur Auffrischung: Renovationsbedürftige Bauteile, die man eigentlich gar nicht mehr sauber bekommt, eine veraltete Beleuchtung, Stromkabel, die monatelang herunterhängen, ein schwer nachvollziehbares Velofahrverbot, das nicht beachtet wird, was wiederum für alle gefährlich ist, die zu Fuss unterwegs sind, und der ganz allgemein versifft und vernachlässigte Eindruck eines ungeliebten Bauwerks, das mehr schlecht als recht unterhalten wird. Dass die Hauptader des städtischen Fussverkehrs ausgerechnet durch einen solchen Ort verläuft, ist nicht nur tragisch, es steht auch im direkten Widerspruch zu den verkehrspolitischen Zielen unserer Stadt, die eigentlich anstreben, dass der Langsamverkehr attraktiver werden sollte. Soweit die Rahmenbedingungen. Jetzt zu einem Aspekt, der zwar nicht das Kernthema des Auftrags ist, sich aber nicht ganz unerwartet als Stein des Anstosses entpuppt hat. Warum sollen wir eine Enteignung anstreben, wenn der Eigentümer nicht zu einem fairen Preis verkaufen will? Dazu muss man vielleicht wissen, dass der Eigentümer nicht grundsätzliche Vorbehalte gegen den Verkauf hat oder sie zumindest nicht immer hatte. Er hat der Stadt diese Unterführung nämlich schon einmal zum Kauf angeboten, halt einfach zu einem viel zu hohen Preis. Wir würden dem Eigentümer aber lieber einen fairen Preis zahlen. Alles andere wäre, und ich sage es auch gerne einmal, ein sorgloser Umgang mit den Steuergeldern. Einen so fairen Preis kann man relativ einfach ermitteln, auch wenn der Stadtrat seinerzeit in der Beantwortung meiner Interpellation zum gleichen Thema gesagt hat, es sei gar nicht so einfach, den Verkehrswert dieser Unterführung zu bestimmen. Als langjährige Gebäudeschätzerin muss ich hier widersprechen. Das ist überhaupt nicht kompliziert. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ganz fest darauf hinweisen, dass der Eigentümer den fairen Preis, der dann ermittelt würde, bekommen würde und zwar unabhängig davon, ob es zu einem Verkauf oder zu einer Enteignung kommt. Niemand will irgendjemandem irgendetwas ohne faire Entschädigung und schon gar nicht ohne Grund wegnehmen. Der Stadtrat sagt in seiner Antwort, dass doch jetzt alles in Ordnung sei. Er schreibt zum Beispiel: Es hat viel Zeit und Aufwand gekostet. In der Zwischenzeit kam aber die SMP Invest AG dem Anliegen des Auftrages auf eine saubere, sichere Stadtteilverbindung nach. Nein und noch einmal nein. Nein, es kann nicht sein, dass immer nur etwas passiert, wenn wir politischen Lärm machen. Und noch einmal nein: Eine saubere, sichere Stadtteilverbindung ist dies nicht. Eine saubere, sichere Stadtteilverbindung haben wir, wenn die Unterführung renoviert ist und in Sachen Beleuchtung, Organisation, Materialisierung und Reinigungsregime im 21. Jahrhundert angekommen ist. Es stimmt, das ist noch einmal mit Folgekosten verbunden. Der Unterhalt öffentlicher Infrastruktur kostet Geld. Das gilt für unterirdische Strassen genauso wie für oberirdische. Weiter: «Eine Enteignung ist nur möglich, wenn ein Enteignungstitel vorliegt, was angesichts des bereits bestehenden Fusswegrechts fraglich ist». Nehmen wir jetzt

einmal an, es käme tatsächlich zu einem Enteignungsverfahren, und das ist wirklich nicht ein Szenario, das wir so wünschen, sondern nur eine ultima ratio. Wenn man in einem solchen Verfahren den Enteignungstitel daran festmachen muss, ob das Wegrecht gewährt ist oder nicht, kommt man wahrscheinlich wirklich nicht weit. Man kann diesen Enteignungstitel aber vielleicht auch anders begründen und zwar mit einem viel, viel grundsätzlicheren Argument. Ich habe es am Anfang schon gesagt. Diese Stadtteilverbindung hätte nie in Privatbesitz sein dürfen. Es geht um die Korrektur eines Fehlers, den man heute nicht mehr so machen würde. Es geht um den wichtigsten Dreh- und Angelpunkt in unserem Langsamverkehrsnetz, und es geht um eine Abwägung des öffentlichen Interesses gegenüber den Interessen einer Einzelperson, die von dieser Unterführung, ganz nebenbei bemerkt, vermutlich nicht einmal besonders viel hat. Er kann ja mit der Unterführung selber gar keine Mieterträge erwirtschaften, und die Ladenlokale wären, wie gesagt, weiterhin in seinem Besitz. Der Wiederverkaufswert des Gesamtobjekts würde die fehlende Unterführung auch nicht verringern, im Gegenteil, es würden für die nächste Eigentümerschaft Betriebs- und Unterhaltskosten ohne direkten Gegenwert wegfallen. Die Stadt könnte durch einen Kauf der Unterführung endlich über einen absolut zentralen Verkehrsweg verfügen. Sie würde das Recht bekommen, die Unterführung so zu gestalten und zu unterhalten, wie es für ihre Bevölkerung, Verkehrsplanung und Verkehrsteilnehmenden richtig ist. Das ist alles, was wir wollen. Im Namen der Unterzeichnenden danke ich für Eure Unterstützung. Merci.

Stadträtin Marion Rauber: Liebe Myriam, liebe Unterzeichnende, da gebe ich Euch natürlich recht. Unbestritten ist die Verbindung Winkel ein strategisch wichtiger Punkt und eine zentrale Verbindungsachse zwischen unseren Stadtseiten. Unbestritten ist auch, dass man sich früher einmal dazu entschieden hat, sie aus der Hand zu geben und von einer Überführung in eine Unterführung umwandeln zu lassen. Das würde man in der heutigen Zeit sicher definitiv nicht mehr tun. Wie in der Beantwortung beschrieben, sind die Besitzverhältnisse etwas komplex. Myriam hat es bereits erwähnt. In der Vergangenheit wurden schon Verhandlungen über einen Kauf eines Teils dieser Unterführung durch die Stadt Olten geführt, die nicht zu einer Einigkeit geführt haben. Der Stadtrat schlägt jetzt aber vor, diesen Auftrag nicht erheblich zu erklären. Wieso tun wir dies? Die Gründe sind in der Beantwortung beschrieben. Wir haben mehrere Sachen. Erstens würden wir das Risiko eines jahrelangen Prozessverfahrens bei einer angestrebten Enteignung als sehr gross einschätzen. Das Hauptargument ist aber im Moment, dass wir finden, dass unser «Problem», das wir mit der Winkelunterführung haben, nicht gelöst ist, wenn sie der Stadt Olten gehören würde. Um diese Unterführung attraktiver zu gestalten, müsste dieser Durchgang natürlich breiter und viel übersichtlicher werden. Das würde konkret heissen, alle Ladenflächen müsste man aufheben und eine Umgestaltung so vornehmen, dass es wirklich die breite Unterführung gibt. Entsprechend wird dann selbstredend auch jegliche Einkommensrendite dieser Unterführung wegfallen. Aber das könnte ja nicht der Grund sein. Aber ich möchte einfach noch einmal betonen, nur, dass uns die Unterführung gehören würde, würde sie in diesem Sinne nicht zu einer tollen Unterführung machen. Die andere Variante wäre natürlich der ganze Komplex, die Gesamtbaute Winkel zu erwerben, sie abzureissen und eine komplette Neugestaltung des ganzen Platzes vorzunehmen und vielleicht wieder ein Restaurant Feldschlösschen hinzubauen. Aber egal, welche Variante, Tatsache ist, dass wir uns dies in Olten im Moment finanziell sicher nicht leisten können, Steuererhöhung hin oder her, nebst all den grossen Bauprojekten, die wir sonst in den nächsten Jahren in der Pipeline haben. Zielführender wäre es in den Augen des Stadtrates, noch einmal das Gespräch mit dem Grundeigentümer zu suchen, ich glaube, er lebt auf Mallorca, wo ich ihn gerne einmal besuchen gehe, um weitere allfällige Optimierungen vornehmen zu können, und, diesen Punkt finde ich ganz wichtig, im Rahmen der Ortsplanungsrevision und vor allem der Velonetzplanung und Langsamverkehrsführung, den ganzen Postplatz vielleicht wieder einmal total neu zu denken. Daneben ist Ihnen sicher allen aufgefallen, ich glaube Myriam nicht, wie ich aus ihrem Votum gehört habe, dass die Winkelunterführung seit dem letzten Sommer tatsächlich viel freundlicher, sauberer und ansprechender präsentiert wird, weil sie nämlich 2021 sehr intensiv gereinigt, gemalt, repariert und aufgefrischt wurde. Sie ist schon etwas schöner aus. Ich habe hier auch sehr viele positive Rückmeldungen erhalten, dass man jetzt endlich etwas gemacht hat. Die

Beleuchtung ist ebenfalls repariert. Ohne viel zu beschönigen, bleibt es aber natürlich eine Unterführung mit allen Nachteilen, die eine Unterführung gegenüber einer Überführung hat. Bei allem Verständnis für das Anliegen schlägt der Stadtrat aufgrund der aufgeführten Überlegungen dem Parlament vor, diesen Auftrag nicht erheblich zu erklären. Merci.

Daniela Minikus, Fraktion SP/Junge SP: Es kann sein, dass ich mich ein wenig wiederhole. Aber ich würde es eigentlich auch gerne noch einmal so vollständig, wie wir uns dies überlegt haben, formulieren. Das Hotel Olten und die zwei Restaurants sind im Jahr 1985 eröffnet worden. Der damalige Verkehrsverein Olten und ein überparteiliches Komitee sind für mehr Hotelzimmer eingestanden. Damals war man zukunftsorientiert, man wollte modern sein, und das hat man sich in Olten auf die Fahne geschrieben. Die Stadt soll sich mit Fr. 600'000.— am Hotel im Winkel beteiligt haben. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich an der Urne hauchdünn für diese Beteiligung ausgesprochen. Was ist heute? Heute reden wir über eine grosse Bausünde aus diesem Jahr 1985. Eine Bausünde ist eine städtebaulich nicht gelungene und nicht einzuordnende Baute. Wenn man genau hinschaut, wird sie auch nicht besser. Im Jahr 2012 ist ein sogenanntes Winkelkomitee, eine Volksinitiative «Stadtseiten verbinden» lanciert worden. So hat man den Stadtrat verpflichtet, für das Parlament und gegebenenfalls das Volk bis spätestens 2014 eine entscheidungsreife Vorlage auszuarbeiten. Mitte Februar 2017 hat man sogar mit dem Gedanken gespielt, die Unterführung zu kaufen. Grund dafür waren erneut parlamentarische Vorstösse, die sich am Velofahrverbot gestört und sich für die Unterführung eine angenehmere Atmosphäre gewünscht haben. Kaufabsichten damals tatsächlich. Ich weiss nicht, ob diese Zahl stimmt. 34 Millionen oder die Unterführung für 5,5 Millionen kaufen oder eine jährliche Pacht von Fr. 300'000.—. Das hat man formuliert und sogar angedacht. Aber im letzten Regierungsprogramm musste der Stadtrat feststellen, dass diese Zielsetzungen und erforderlichen Priorisierungen von Investitionen für die Winkelunterführung aus finanziellen Gründen nicht aufgenommen werden können. Dies hat viele Diskussionen ausgelöst, vor allem wegen des bestehenden öffentlichen Wegrechts und der Sicherstellung des Unterhalts der Unterführung. Die Eigentümerin hat aus Sicherheits- und Haftungsgründen bis heute am Velofahrverbot festgehalten und klargemacht, dass eine diesbezügliche Änderung nur durch einen Wechsel der Eigentumsverhältnisse zu erreichen ist. Wir können alle vermuten, dass die Liegenschaft damals auch aus der Konkursmasse preiswert erworben wurde und sie mit der heutigen Auslastung Erträge generiert. Solange dies so ist, wird sich wohl kaum etwas ändern. Nach all diesen Jahren zeigt sich auf jeden Fall, dass eine Entwicklung in unserer Stadt ohne nachhaltige Planung des städtischen Raums gar nicht mehr möglich ist. Der Druck auf unsere Stadt wächst mit zunehmender Mobilität, mit der Dichte, Bodenpolitik aus den umliegenden Gemeinden. Wir haben eine grosse Verantwortung, uns dem Thema Winkel anzunähern. Ein Standort mit einer solchen Bedeutung wie der Winkel gehört zum Wichtigsten und benötigt eine hohe Erreichbarkeit. So kann sich unsere Stadt entwickeln. Wir als Junge SP/SP möchten, dass diese Verhandlungen konkret aufgenommen werden und der richtige Schritt gemacht wird. Wir meinen, vor dem allfälligen Erwerb soll eine Strategieplanung, eine sogenannte Testplanung, vorausgehen, damit wir den Nutzen und die Rahmenbedingungen für diesen Raum, diesen Ort definieren können. Wer weiss, vielleicht wird es ja einmal visionär und wir können dem Winkel in Zukunft auch einen anderen Namen geben. Aus all diesen Gründen betrachten wir, die Junge SP/SP, diesen Vorstoss erheblich. Danke vielmals.

Beat Bachmann, CVP/EVP/glp: Für uns als Fraktion sind gute und sichere Stadtseitenverbindungen für den Langsamverkehr sehr wichtig, eben die Winkelunterführung, um zu Fuss untendurch zu kommen und vielleicht auch einmal den Posttunnel beim Bahnhof, um mit dem Velo auf die andere Seite zu kommen. Diese Unterführung steht ja heute auch auf der Traktandenliste. Wir haben es gehört. Im Winkel geben vor allem Probleme bezüglich Sicherheit und Sauberkeit immer wieder zu reden. Die Beleuchtung ist saniert worden, und man kann wieder gut untendurch gehen, wie es Marion schon gesagt hat. Mit dem Velo ist es im Moment immer noch nicht erlaubt und leider auch wenig ein Thema, was in den Fraktionen teilweise bedauert wird. Vor allem aber wurde in der Fraktion kritisiert, dass man die Eigentümer des Winkels enteignen soll, wenn sie nicht auf ein Kaufangebot einsteigen.

Da werden bei uns grössere rechtliche Probleme und viele Kosten befürchtet. Ein Kauf, eine Enteignung, eine Übernahme und der nötige Unterhalt sind teuer und aufwändig, und diesen Aufwand nur für eine Unterführung sieht eine Mehrheit der Fraktion nicht als Priorität an. Aus diesem Grund wird eine Mehrheit der CVP/EVP/glp-Fraktion diesen Vorstoss nicht unterstützen oder sich enthalten.

Deny Sonderegger, FDP-Fraktion: Bevor ich mit meinem Votum starte, würde ich gerne zwei Punkte von Stadträtin Marion Rauber aufnehmen. Sie hat vorhin in ihrem Votum zwei wesentliche und sehr wichtige Sachen gesagt. Mit einem möglichen Kauf der Winkelunterführung verbessert sich grundsätzlich nichts. Es bleibt eine Unterführung, wie sie sich heute präsentiert und darstellt. Der zweite Punkt: Die Aussage von Myriam Frey ist schlicht falsch, wenn sie sagt, die Unterführung ist nicht unterhalten. Wir haben es vorhin gehört. Sie wurde 2021 umfassend saniert. Unter anderem war es einer der Gründe, wieso die Kabel heruntergehängt wurden, da die ganze Verkabelung und Beleuchtung neu gemacht wurde. Damit würde ich gerne einsteigen. Man kann es gleich vorwegnehmen: Die FDP-Fraktion wird diesem Anliegen und somit diesem überparteilichen Auftrag von Myriam Frey, der schon fast ein wenig ein Wolf im Schafspelz ist, nicht zustimmen respektive den Auftrag nicht erheblich erklären. Das zentrale Anliegen der Auftraggeber ist es, den Eigentümer gegenüber der Öffentlichkeit in die Pflicht zu nehmen, die Winkelunterführung so zu unterhalten, dass sie sicher und freundlich präsentiert, dass sie angstfrei benutzt werden kann. Zugegebenermassen gewinnen dieser Ort und das Erscheinungsbild wohl keinen Wacker-Preis, doch ist die Winkelunterführung sowohl technisch in einem einwandfreien Zustand, wir haben es vorhin gehört, sie ist erst letztjährig umfassend unterhalten und saniert worden, als dass sie auch hinsichtlich der Zugänglichkeit jederzeit begehbar ist. Betonung auf begeh- und nicht befahrbar. Mit dem Begriff angstfreie Benützung wird zudem ein persönliches Sicherheitsempfinden angesprochen, das je nach Person unterschiedlich ist. Erstaunlich ist, dass die selben Auftraggeber bei den Themen Sicherheitsempfinden bei anderweitigen Vorstössen, sei es beim Ländiweg oder erst kürzlich bei der Kirchgasse, völlig unproblematische Situationen sehen und dort ein anderes Sicherheitsempfinden interpretieren. Es stellt sich damit die Frage, worum es denn eigentlich wirklich geht und was die Auftraggeber im Grundsatz damit bezwecken. Unbestritten ist, dass es die Stadt Olten in der Vergangenheit verpasst hat, die zentrale Parzelle zu sichern und an besagter Stelle eine sichere, gut ausgebaute städtische Querung sicherzustellen. Stattdessen hat ein privater Investor in diesem Gebiet während der vergangenen Jahre lokales Gewerbe und Gastronomieunternehmen angesiedelt und ist, wenn auch jeweils zögerlich, für den Unterhalt der Unterführung aufgekommen. Ein privater Investor hat somit die Verantwortung übernommen, diesen Perimeter zu entwickeln, zu unterhalten und die Querung für die Öffentlichkeit sicherzustellen. Als Dank dafür soll er nun mit einem potentiellen Enteignungsverfahren bestraft werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, solches Vorgehen ist schlicht undemokratisch. Solche Vorstösse gilt es im Kern zu ersticken. Welches Signal gibt es von der Stadt Olten ab, wenn ein Enteignungsverfahren bei uns in der Stadt Olten Schule macht? Was sollen künftige potentielle Investoren denken, wenn ihre Investitionen nicht mehr sicher sind und mir nichts, Dir nichts entwendet werden können? Sehr wohl zwar gegen Bezahlung, wie wir auch vorhin schon gehört haben, aber dennoch entwendet. Die Signalwirkung ist schlicht verheerend, und es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Stadt Olten für zukünftige Entwicklungen durch potenzielle Investoren Schaden trägt. Es versteht sich damit auch von selbst, dass dieses Vorgehen weder mit Liberalismus noch mit Selbstverantwortung vereinbar ist. Entsprechend kann die FDP-Fraktion diesem Begehren in keiner Weise nachkommen und es auch nicht unterstützen. Der Auftrag ist jedoch nicht nur aus liberaler Sicht völlig verstörend. Er macht auch materiell und dabei insbesondere finanziell wenig Sinn. Der Auftrag will, dass dem heutigen Bauherrn ein Kaufangebot unterbreitet wird. Wird es nicht angenommen, so ist ein Enteignungsverfahren einzuleiten. Auch bei Enteignungen ist eine Entschädigung zu entrichten, wie dies Myriam vorhin selber ausführlich dokumentiert hat. Dass das Begehren ja nicht neu ist und sich der Stadtrat auch bereits aus früheren Vorstössen mit dieser Unterführung und den entsprechend mit den Kosten befasst hat, kennt man eine ungefähre Kaufsumme und weiss, dass es dabei um einen horrenden Betrag geht. Es ist auch so, dass bei einer Enteignung ein öffentliches

Interesse bestehen muss. Auch da kann man materiell die Frage stellen, ob dann ein ausreichendes öffentliches Interesse besteht. Grundsätzlich ist ja die Unterführung begehbar und unterhalten und die Querung ist, wie wir gehört haben, durchaus möglich. Inwiefern man hier in ein Prozessrisiko läuft und quasi unnötige Prozesskosten generiert, ist heute nicht abzuschätzen und damit ist auch die Kostenfolge nicht abzuschätzen. Zusammenfassend kann erwähnt werden, dass aus Gründen der unnötigen Vernichtung von Steuergeldern für ein Projekt, bei dem nicht klar ist, was der eigentliche Mehrwert ist, mögliche Rufschädigungen für die Stadt Olten oder nur ein bedingt öffentliches Interesse für eine Enteignung vorhanden sind, dass aufgrund dieser drei Punkte die FDP diesem Anliegen nicht zustimmen wird.

Sieu-Jhing Tang: Wir von Olten jetzt! finden die Thematik der Stadtteilverbindung auch unglaublich wichtig und können entsprechend das Bedürfnis, die Winkelunterführung endlich optimieren zu können, sehr gut nachvollziehen. Wir sind uns aber innerhalb der Fraktion nicht einig, ob dieser Kauf oder gar die eventuelle Enteignung wirklich die richtige Lösung ist. Einzelne hinterfragen, ob ein Erwerb dieses Objekts denn auch tatsächlich einen Mehrwert für die Stadt erbringt, vor allem in Anbetracht dessen, dass ja bereits einzelne Vorprojekte und auch Vorabklärungen gezeigt haben, dass beispielsweise eine Erweiterung um den Veloweg in dieser Unterführung sehr schwer umsetzbar ist, dass es Jahre dauern und entsprechende Folgeaufwände mit sich bringen könnte, die wir im Moment leider nicht abschätzen können. So sind auch aufgrund dessen einzelne der Meinung, dass dieses Geld eigentlich besser in eine gute Ortsplanung investieren sollen, um die Stadtverbindung so zu optimieren. Deshalb werden wir von Olten jetzt! diesem Vorstoss auch nicht einstimmig zustimmen.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Ich bin gerade etwas baff. Den Ausführungen von Olten jetzt! kann ich auch folgen. Das ist bei uns ähnlich diskutiert worden. Erstens einmal zu diesem Thema Winkelunterführung: Das ist ja nicht sehr überraschend. Ungefähr alle zwei Jahre kommt das Geschäft Winkelunterführung. Wir hatten einmal eine grosse Machbarkeitsstudie. Wir hatten schon Volksinitiativen. Wir hatten schon jegliche Geschäfte zur Winkelunterführung. Ich glaube, das kommt seit 2009 alle zwei Jahre, was ich recherchiert habe, so wie unsere Wahlen auch gelegt sind. Das Problem ist erstens einmal, dass es relativ schwierig ist, die Unterführung schön und attraktiv zu machen. Da gehen wir eigentlich auch mit der Initiantin einig, dass es nicht schön und auch nicht attraktiv ist, dort vorbeizugehen. Aber die Alternative zu finden, ist einfach auch schwierig. Ein attraktiver Weg auf die andere Stadtseite wäre eigentlich nicht in einer Unterführung, sondern oben drüber, und das wäre dann schon wieder ein viel grösseres Projekt. Ich kann Marion auch zustimmen. Es ist schöner geworden. Ich habe auch gesehen, dass sie hinaus gestuht haben. Ich mache mir ein wenig Sorgen wegen der Velofahrer. Aber wir schauen einmal, wie sich dies weiterentwickelt. Der Punkt mit der Wertbestimmung ist so eine Sache. Je nach Büro, das man fragt, weiss man natürlich schon, ob ein hoher oder tiefer Wert herauskommt. Wenn man das Umfeld der Winkelunterführung mit Enteignungen usw. anschaut, ist dieser Wert wahrscheinlich nicht mehr so hoch, wenn man eine ehrliche Schätzung macht. Wer investiert schon in eine Winkelunterführung, wenn hier enteignet wird? Wir von der SVP sind bezüglich Enteignungen sehr skeptisch. Das wird Euch nicht überraschen. Welches Zeichen ist dies für unseren Investitionsstandort Olten, wenn wir anfangen, Firmen zu enteignen, wenn wir plötzlich sagen, wir hätten einen Fehler gemacht, wir verkaufen das Gebäude einmal an eine Firma? Wenn wir dann in zehn Jahren finden, wir können etwas Anderes damit machen, nehmen wir es Euch wieder weg. Was heisst dies? Welches Zeichen nach aussen ist dies? Ich habe zwar heute aus der Zeitung erfahren, dass unser Stadtpräsident vermehrt auf unrentable und nicht auf rentable Firmen setzen möchte. Das würde so etwas in dieses Bild passen. Aber wir sind hier nicht einverstanden. Auch die Rechtssicherheit muss gewahrt werden. Da folgen wir hingegen natürlich dem Stadtrat, dass wir plötzlich noch Rechtsstreitigkeiten hätten, die sicher Publizität geben würde. Die Wahrscheinlich ist auch gegeben, dass die Stadt Olten verlieren wird. Das ist für unser Stadtmarketing einfach sehr schlecht. Wir sind gegen diesen Vorstoss. Zum Text möchten wir noch sagen, dass die Winkelunterführung ja eigentlich nicht nur der SMP. Es gibt noch andere Anteilseigner. So,

wie es formuliert ist und soviel ich weiss, gehört die Treppe zum Hotel Olten, also müsste man es ihnen eigentlich auch wegnehmen. Warum nicht, wenn ich den Text lese? Was gehört alles zur Winkelunterführung. Sie hat zwar vorhin ausgeführt, dass sie die Vitrine nicht meine. Aber auch bei den Strassen war ich der Meinung, dass die Besitzverhältnisse verteilt sind. Das gehört nicht nur einer Firma, soviel ich weiss. Ich habe dieses Geschäft schon zum fünften Mal behandelt, seit ich im Parlament bin. Soviel zur Fraktion SVP. Wir lehnen dies ganz klar ab.

Myriam Frey Schär: Ich möchte gleich noch auf ein paar Argumente eingehen. Matthias bringt die Zyklichkeit dieser Winkelvorstösse irgendwie immer mit den Wahlen in Verbindung. Es ist nicht so. Diese Themen kommen immer wieder, weil nichts passiert. Das ist einmal das Eine. Du darfst dazu selbstverständlich denken, was Du möchtest. Die Aussage von Deny und Marion, dass sich nichts daran ändern würde, wenn uns dies gehören würden, stimmt nicht. Ich bin Fachperson, ich bin Architektin, und alle anderen Architektinnen und Architekten im Rat, wir sind sicher zu dritt, werden mir hier recht geben. Wenn es einem gehören würde, könnte man dies wirklich markant besser gestalten. Einfach, weil man es sich nicht vorstellen kann, ist es nicht zwingend so. Deny, zum Sicherheitsempfinden: Das darf uns an einem Ort wichtig sein und am anderen nicht so. Wir unterliegen nicht einer Verpflichtung, dies auf jedem Trottoir und jeder Strasse gleich wichtig einzuschätzen und vor allem nicht an einem Ort, der wirklich die zentrale Achse zwischen den Stadtteilen ist. Das ist dann noch einmal eine andere Kiste. Wieso es undemokratisch ist, sich eine Aneignung dieses Wegs zu wünschen, ist mir nicht ganz klar. Dann die Geschichte mit dem Präjudiz, die immer wieder kommt. Ich finde dies fabelhaft. Wir haben so ungefähr das härteste Enteignungsrecht auf der ganzen Welt. Niemand kann aus Jux und Tollerei irgendjemanden den Garten wegnehmen oder mir gefällt seine Nase nicht, und der Investor hat irgendwo einen Balkon, den wir auch noch gerne hätten. So funktioniert es wirklich nicht, Freunde. Das ist eine ganz einzigartige Situation, die in dieser Form oder auch in ähnlicher Form nirgends in dieser Stadt mehr vorkommt. Einfach wirklich nicht. Dann würde ich mir wünschen, Deny, dass Du als Person von Olten Tourismus ein wenig, einfach im ähnlichen Mass Enthusiasmus für die wirkliche Attraktivität dieser Stadt haben würdest wie für die Rechte dieses Investors, der in Mallorca wohnt und mit dieser Stadt eigentlich sonst absolut nichts zu tun hat. Noch einmal: Es ist nicht so, dass es etwas wäre, das, wenn es nicht mehr in seinem Eigentum wäre, ihm irgendeinen Nachteil bringen würde. Wenn es zu einer Enteignung kommen kann, dann war sie rechters. So funktioniert das Gesetz. Wenn das Ansinnen nicht durchkommt, kommt es nicht durch. Aber noch einmal: Wir möchten es wirklich gerne kaufen. Wir wollen einfach in einer Situation sein, in der die Stadt gehen und sagen kann, schaut, das ist der vernünftige Preis. Wir sind bereit, dies zu zahlen. Wir wollen dies einfach zu fairen Konditionen kaufen können. Es geht uns wirklich nicht darum, jemandem etwas wegzunehmen. Aber es ist wichtiger, dass dieses Ding der Stadt gehört, als dass es einer Einzelperson gehört. Wenn es zu einem Verfahren kommt, sind nicht wir hier diejenigen, die entscheiden, ob das öffentliche Interesse gegeben ist oder nicht. Das sind diejenigen Leute, die nachher darüber entscheiden, die für dieses Verfahren in welcher Form auch immer zuständig sind. Ich sehe nicht ein, wie es irgendwie jemanden abschrecken könnte, wenn jemandem eine Verkehrsbedingung, die es in dieser Form ein einziges Mal gibt, abgekauft oder in diesem Fall zwangsweise abgekauft wird. Ich sehe hier echt nicht so ein Problem.

Daniel Kissling: Ich möchte noch auf zwei Argumente eingehen, die gegen diese Vorlage eingebracht wurden. Die erste finde ich denkbar müssig. Das ist, wenn man sagt, man hat schon viel darüber diskutiert. Gerade dies ist eigentlich ein Argument für diese Vorlage und dass man endlich eine Lösung sucht. Scheinbar hat man noch nie eine Lösung gefunden. Wir werden heute Abend oder eher morgen nochmals über einen anderen Vorschlag einer Lösung diskutieren, die ich weniger praktisch finde, die aber wahrscheinlich irgendwann in die gleiche Kostenhöhe kommt. Das Bedürfnis ist da. Dass man immer wieder darüber diskutiert, zeigt, dass es kompliziert ist, zeigt aber auch, dass man irgendwann eine Lösung finden muss. Wer sagt, das geht nicht, das geht nicht, das geht nicht, sagt, lassen wir es bleiben. Das kann man auch machen. Man kann sich dafür entscheiden, dass es nicht

relevant ist, dass es nicht wichtig ist, dass es reicht, wenn man dort zu Fuss vorbeigehen kann. Das kann man machen. Es heisst aber, dass man sich nicht für eine gescheite Stadtteilverbindung von der linken zur rechten Aarseite auf der Höhe, welche die relevante Höhe ist. Dort ist die Altstadt. Dort sind die anderen Zentren unserer Stadt. Das zweite Argument ist von der rechten Seite vorbereitet worden. Welches Zeichen sendet die Stadt aus? Das Zeichen, das die Stadt aussendet, ist, dass sie ihren Raum aktiv gestaltet, dass sie aktiv nach Lösungen sucht und dass sie im Notfall auch Schritte macht, die etwas kosten, weil sie will, dass die Stadt besser wird. Das ist das Zeichen, das Olten aussendet, wenn es aktiv daraufhin arbeitet, die Winkelunterführung zu erwerben, notfalls rechtlich abgesichert mit einer Enteignung, was aber erst der letzte Schritt wäre und, wie Myriam ausgeführt hat, auch nur passiert, wenn die Justiz diesem Begehren stattgibt. Auch inhaltlich bin ich einer derjenigen von Olten jetzt!, die für diese Vorlage stimmen werden. Ich habe schon das letzte Mal, als wir darüber diskutiert haben, gesprochen und war Feuer und Flamme. Es geht um eine aktive Baupolitik. Es geht darum, dass wir das Problem endlich lösen. Es gibt keine andere Lösung. Hat hier jemand eine andere Lösung, freue ich mich sehr darauf. Der Stadtrat hat gesagt, der Posttunnel sei genau so schwierig wie der Winkel. Darüber kann man auch diskutieren. An diesem Ort wird es sonst nie, nie, nie eine andere Unterführung geben ausser oberirdisch. Wir wissen, dass oberirdisch gefährlich und nicht attraktiv ist. Viele Leute wagen sich nicht über die Postkreuzung. Welches Zeichen ist es sonst noch? Dass Olten sich etwas überlegt für die Unterführungen allgemein, mehrere zum Teil schlecht unterhaltene oder sicher nicht attraktive Unterführungen. Überlegen wir uns doch auch einmal, gerade im Rahmen des räumlichen Leitbilds, auch von der Ortsplanung, wo man jetzt mittendrin ist, was wir mit diesen Unterführungen machen. Es gäbe noch andere, wo man sich überlegen könnte, was man macht. Das wäre ein erster grosser, sicher kostspieliger, aber auch langfristiger Schritt, um neue Wege in dieser Stadt zu planen, aktiv in die Hand zu nehmen. Deshalb stimme ich dafür.

Thomas Fürst: Ich erlaube mir, noch ganz kurz etwas dazu zu sagen, nachdem ich merke, dass es bei dieser Abstimmung, zugegebenermassen zu meiner Überraschung, ziemlich eng werden dürfte. Wollen wir uns wirklich ohne Not in ein immenses rechtliches und finanzielles Abenteuer stürzen? Ich bin ganz klar der Meinung, nein, dies wollen wir nicht. Ich verweise auf das Votum Sonderegger, das ich voll und ganz unterstützen kann, aber auch auf die Stimmen der SVP und der Sprecherin von Olten jetzt!. Insbesondere auch noch einmal der Begriff Mehrwert. Die Einwohnerinnen und Einwohner von Olten können diese Verbindung frei benutzen und übrigens auch alle anderen. Eine diffuse bessere Gestaltung soll also der Grund für eine millionenschwere Enteignung sein. Wirklich. Jetzt einmal ganz davon abgesehen, dass dies auch kaum für ein genügendes öffentliches Interesse reichen dürfte und wir am Schluss mit immensen Kosten in einem langen Rechtsverfahren dasitzen werden und in einer Situation, in der wir das Geld wirklich anders besser nützen könnten. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, nicht jede Idee, die auf den ersten Blick zugegebenermassen sexy tönt, ist auch eine wirklich gute Idee. Ich hoffe, dass eine Mehrheit des Parlaments die Vernunft walten lassen wird. Merci vielmals.

Luc Nünlist: Ich durfte auch schon ein paar Mal bei solchen Beratungsrunden dabei sein und möchte Myriam und Daniela ganz herzlich danken. Ich hoffe, dass wir, wenn wir noch viele Einzelsprecher haben, ihre Stimmen nicht vergessen. Das war eine sehr vollständige Einordnung. Daniela hat es historisch gemacht, Myriam technisch und von fachlicher Seite. Vergesst nicht, dass sie eine Fachperson ist. Sie macht diese Gebäudeschätzungen. Was mich hingegen ein wenig schockiert hat, ist, dass Deny offenbar nicht so genau zugehört hat. Er spricht von undemokratisch und Bestrafungen. Wir wollen niemanden bestrafen. In den Achtziger Jahren hat Steuergelder verwendet, um diesen Bau zu subventionieren. Er ist namentlich von den Oltner Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern mitbezahlt worden, eben in etwas verlockt, das man nicht gewollt hätte. Zehn Jahre später war eigentlich klar, dass es eine Stange Dynamit lösen würde und sonst nichts. Dann ist sie wieder sehr günstig aus der Konkursmasse gekauft worden. Ihr beschwört wirklich Schreckgespenste herauf. Wie viel Verpflichtung wir diesem Investor als Stadt nach Jahrzehnten einer verlotterten, mühseligen Unterführung schuldig sind, und, mit Verlaub, jetzt gerade tropft es hinunter. Es ist also keine

dauerhafte Lösung. Nach Jahrzehnten von Verlotterung und mangelnder Kooperation, wo man über nichts reden kann, nicht über ein Velorecht, nicht über ein Wegrecht, und beim Kauf immer exorbitante Preise angesetzt werden, sollen wir jetzt Kooperation schuldig sein. Das finde ich schwierig. Matthias, Du sprichst noch vom Volkswillen. Man muss schon auch ein wenig Verantwortung gegenüber dem Volk zeigen. Dann erinnere ich gerne daran zurück, dass Stadtseiten verbinden eine Volksinitiative war. Diese Volksinitiative ist angenommen. Es ist eine angenommene Volksinitiative Stadtseiten verbinden. Wir müssen dies eigentlich umsetzen. Der Stadtrat ist wenig später zum Schluss gekommen, und das ist unglaublich uninspiriert und aus meiner Sicht ein wenig ein Armutszeugnis. Es ist nicht umsetzbar. Es gibt nichts, was wir dort machen könnten. Wenn wir von Zeichen reden, müssen wir uns schon auch bewusst sein, welches Zeichen dies ist, wenn die Oltnen Politik bald in einem halben Jahrhundert nicht fähig ist, für seine Bevölkerung eine sichere, helle, offene Stadtseitenverbindung herzustellen. Das ist ein ganz schwaches Zeichen. Wir haben jede Gelegenheit versaut. Im Rahmen der ERO-Umgestaltungsmassnahmen wurde 2007 dieser Tunnel eröffnet. Es hat einen verpflichtenden Fussgängerinnen und Fussgängerstreifen gegeben, der ins alte Städtchen zum Winkel führen müsste. Diesen hat man auch einfach etwas vergessen. Er ist untergegangen. Es gibt ihn nicht mehr. Es sind all die Querungen, wo wir am Schluss sagen, ja, gut, es ist halt nicht möglich. Es ist etwas «ungäbig». Es kostet etwas Geld. Jedes Mal kommen sie wieder und sagen, nein, das können wir nicht machen. Was wäre dies für ein Zeichen? Aber ein halbes Jahrhundert lang nichts tun, ist auch ein ganz schlechtes Zeichen. Das müssen wir schon auch nicht vergessen. Ich würde mich freuen, wenn einmal ein wenig Bewegung in die Causa Winkel käme, und man könnte ein Zeichen geben, da passiert etwas, da kommt ein Stein ins Rollen, der endlich einmal Sinn macht und die Veränderung vorwärtsgeht. Gebt Euch einen Ruck, lasst das 21. Jahrhundert etwas passieren. Da muss sich etwas bewegen, und irgendeinmal muss es ein Parlament geben, das etwas macht. Wenn wir dies nicht sind, wird es das nächste sein. Aber es ist einfach schade. Wir warten noch einmal darauf.

Marc Winistörfer: Ich meine, die ganzen Voten, die wir jetzt für ein Ja gehört haben, stossen bei mir nicht alle auf wenige Sympathien. Klar ist die Winkelunterführung in Olten baulich keine Augenweide. Ich glaube, das würde jedem einleuchten, der sie sieht. Gleichzeitig finde ich einfach, dass wir uns schon bewusst sein müssen, dass wir mit dem, was wir tun, nicht im luftleeren Raum sind. Einerseits gibt es faktische Gegebenheiten, nämlich ein Investitionsklima in Olten, und ich glaube, dies wird mit Enteignungen jetzt nicht unbedingt positiv beeinflusst. Vor allem auch von dieser Seite kommt der Vorstoss, die Seite, die ja immer jammert, es werde zu wenig gemacht, Olten sei zu wenig attraktiv, nicht im Sinne von steuerlich attraktiv, das sind wir auch nicht, da gebe ich recht, aber attraktiv, was das Bauliche angeht. Ich glaube, da muss man das Zeichen schon sehen. Es ist wirklich ein Zeichen. Ich meine, man setzt dem Investor eine Pistole auf die Brust und sagt, Du verkaufst, und wenn Du nicht verkaufst, nehmen wir es Dir halt weg, und wir geben Dir einen Preis, der sicher tiefer sein wird, als was Du forderst. Ich glaube, das ist schon einmal eine schlechte Ausgangslage. Dann gibt es noch den zweiten Aspekt, den rechtlichen. Dieser kommt mir hier etwas zu kurz. Thomas Fürst hat es gut angetönt. Myriam Frey hat ja vom härtesten Enteignungsrecht der Welt gesprochen, das es in der Schweiz gibt. Jetzt haben wir neben der besten Armee noch das härteste Enteignungsrecht der Welt. Das ist ja schön. Aber man muss schon sehen, dass das Risiko, dass wir scheitern oder dass die Stadt vor Gericht scheitern würde, durchaus vorhanden ist. Das sind lange teure Prozesse, und es ist vor allem nachher eine Peinlichkeit und wirklich ein schlechtes Signal und eine schlechte Visitenkarte für Olten, wenn man vor das Verwaltungsgericht oder sogar bis nach Lausanne ans Bundesgericht gehen und dort Schiffbruch erleidet. Ich hätte hier vom Rechtskonsulenten auch noch gerne eine kurze Einschätzung, wie er das Prozessrisiko sieht. Wir machen den ersten Schritt für einen Grundrechtseingriff. Die gesetzliche Grundlage haben wir. Kein Problem. Das öffentliche Interesse könnte schwierig werden, und die Verhältnismässigkeit ist nicht vorhanden. Ich sehe sie nicht. Ich wäre wirklich froh, wenn der Rechtskonsulent noch kurz Stellung zu diesem Punkt beziehen könnte. Merci.

Dr. Patrik Stadler: Ich durfte dieses Geschäft eigentlich schon seit ich hier bin begleiten. Vorweg muss ich vielleicht sagen, dass mein Auftrag lautet, Unmögliches möglich zu machen. In diesem Fall sehe ich aber doch ein paar Stolpersteine. Einer ist ganz sicher die Enteignung. Da sind schon sehr viele Stimmen gefallen. Die Verhältnismässigkeit ist bestimmt ein grosses Thema. Das Andere ist, dass wir versucht haben, irgendwie ein Grundstück aus dieser Parzelle respektive diesem Durchgang unterhalb des Hotels zu machen. Ich war mehrere Stunden in der Amtsschreiberei. Das Ganze ist recht komplex. Es ist nicht unmöglich. Aber es ist ein ziemlicher Murks, den wir machen müssen. Wenn wir jetzt nur noch für die Strasse eine eigene Parzelle machen sollen, weiss ich nicht, ob dies dann noch möglich ist. Ein weiteres Problem, das ich sehe, liegt darin, dass wir, wenn der Eigentümer nicht mitmacht, ein Enteignungsverfahren durchführen müssten, ohne dass wir wirklich wüssten, ob wir am Schluss des Tages den Kredit erhalten, um das Grundstück auch erwerben zu können. 1 Million, 2 Millionen, 3 Millionen, ab 4 Millionen ist es eine Volksabstimmung. Wir können aber erst in eine Volksabstimmung gehen, wenn wir wissen, wie teuer es ist. Das heisst, die Schätzungskommission respektive die ganze Rechtsmittelinstanz müssten dies durchlaufen und definieren, wie viel dieser am Schluss wert ist. Dann haben wir eine Entscheidung und können vor das Volk gehen. Unter Umständen sagt das Volk nein oder das Parlament sagt nein. Dann steht die Stadt schon nicht so gut da. Ich sage, es ist nicht unmöglich. Aber es sind ganz, ganz viele Stolpersteine dahinter, dies enteignen respektive nicht einvernehmlich erwerben zu können.

Deny Sonderegger: Ich bin froh, dass der Rechtskonsulent meine Einschätzung teilt und mich im Votum unterstützt, dass die Verhältnismässigkeit durchaus fraglich ist. Ich wurde verschiedentlich angesprochen, insbesondere von Myriam. Hier vielleicht einfach zwei, drei – Stimmen dazu. Ohne dass ich Deine Fachkompetenz anzweifeln möchte, in keinsten Art und Weise, ich weiss, Du hast auch mein Haus geschätzt, ist es doch verwunderlich, dass Dir scheinbar eben nicht aufgefallen ist, dass es im letzten Jahr massive Sanierungen gegeben hat und sich die Unterführung heute in einem ganz anderen Licht zeigt, sowohl technisch, beleuchtungstechnisch, aber auch mit dem Anstrich. Da kann man sich schon auch fragen, inwiefern hier wirklich eine Wahrnehmung und Fachkompetenz dahinterstecken und nicht einfach ein anderes Anliegen. Auch gesagt wurde das Votum wegen undemokratisch. Dazu kann ich einfach sagen, dass für mich wichtig ist, dass sich die Stadt oder einfach auch Vertragsbeteiligte vertraglich richtig verhalten. Letztendlich ist es wirklich eine verpasste Chance der Stadt Olten, dass sie es damals nicht gekauft hat und jetzt hier quasi Möglichkeiten sucht, wie man diesen Umstand rückgängig machen könnte, weil es jetzt jemandem nicht passt. Das betrachte ich sehr kritisch. Dann wurde ich hinsichtlich der Standortförderung angesprochen, auch als Amtsträger von Olten Tourismus. Da möchte ich gleich sagen, dass mir Standortförderung sehr, sehr wichtig ist. Deshalb habe ich in meinem Votum auch das Sicherheitsempfinden angesprochen. Ich erachte dies durchaus als schwerwiegend, wenn am Ländliweg unten eben kein sicherer Barometer vorhanden ist und wenn Drogendealer oder randständige Pöbler unsere Gäste in Empfang nehmen. Auf der anderen Seite ist mir aber auch die wirtschaftliche Standortförderung sehr, sehr wichtig. Da möchte ich noch einmal ganz vehement darauf zielen, welches Signal es hat, wenn sich die Stadt Olten in den Medien findet, dass man Eigentum quasi nicht schützt und gewisse Eigentümer mit einem Enteignungsverfahren um ihr Eigentum bringen will. Last but not least, damit möchte ich schliessen, noch einmal der Input, man kann die Unterführung kaufen. Aber was bringt es dann? Man hat ja nicht die Möglichkeit, die Unterführung um das Dreifache zu verbreitern oder das Vierfache zu erhöhen. Man hat vielleicht die Möglichkeit, dass man noch Läden kaufen kann. Aber es ist von Myriam selber erwähnt worden, dass dies möglicherweise ein Nice-to-have wäre. Stand heute ist es jedoch die Breite und Höhe und die Möglichkeit, welche die Unterführung heute gibt. Wieso dafür sehr, sehr viel Geld ausgeben, wenn die Begehbarkeit, die Sicherheit und der Unterhalt gewährleistet sind? Das sehe ich effektiv nicht ein und empfehle deshalb wirklich, dies kritisch zu betrachten und dem entsprechend nicht zu folgen. Besten Dank.

Tobias Oetiker: Ich möchte noch zu bedenken geben, dass wir als Parlament dem Stadtrat nicht irgendwie sagen können, was er machen soll, sondern es gibt genau zwei Sachen, die

wir machen können. Wir können dem Stadtrat sagen, er soll etwas prüfen, oder er soll eine Vorlage ausarbeiten, über die das Parlament dann abstimmen kann. Im Fall des Kaufs einer solchen Unterführung, es geht um viel Geld, ist es wahrscheinlich nicht in der Kompetenz des Stadtrates. Es wäre etwas, bei dem der Stadtrat eine Vorlage für das Parlament erarbeiten müsste, über die wir dann abstimmen können. Er müsste klären, was das Ding kostet oder dies in die Wege leiten. Ich denke, im Sinne der Einheit der Materie, weil der Kauf ja nicht ein Selbstzweck ist, ginge es darum, eine bessere Stadtteilverbindung zu machen. Das heisst, man müsste auch ein Projekt ausarbeiten, das diesen Durchgang auch in der Art nutzbar macht, wie es vorgestellt ist. Nur dadurch, dass er gekauft ist, wird er ja nicht besser, sondern er müsste verändert werden. All dies zusammen ist einerseits ein riesengrosser Aufwand für die Stadt, ein solches Projekt vorzubereiten. Das braucht Ressourcen, die im Moment für ganz andere Sachen gebunden sind. Andererseits ist das Geld für eine solche Investition im Moment gar nicht vorhanden. Die Frage ist, was machen wir im Moment? Wir unterhalten uns darüber, dass es megacool oder megaschrecklich wäre. Aber die Realität davon ist vermutlich so, dass es ohnehin nicht geht. Ich denke, wir haben noch viele Vorstösse, und ich möchte die Stadt nicht damit beschäftigen, etwas auszuarbeiten, das wir bei uns sowieso nicht leisten können und das auch nicht realistisch ist.

Simone Sager: Ich hätte meine Hand wieder zurücknehmen können, weil Deny erwähnt hat, was ich auch noch sagen wollte. Gleichwohl möchte ich dies noch einmal unterstützen. Nebst dem, dass es eine schwierige Geschichte wird und in irgendeinem Verhältnis ist, wenn man es eventuell kaufen kann, ist es einfach auch eine Investition für nichts. Die Unterführung wird, wenn wir Eigentümer sind, nicht besser. Sie hat immer noch die gleichen Ecken. Sie hat immer noch die gleichen Unübersichtlichkeiten. Das Gefühl zu haben, man kauft sie, leuchtet sie aus, legt noch einen Teppich hinein und montiert Scheinwerfer, verbessert die Unheimlichkeit dieser Unterführung nicht. Sie ist suboptimal. Das ist jetzt einfach nett ausgedrückt. Es verändert sich nicht, wenn es im Eigentum der Stadt Olten sein sollte. Was Tobias vorhin gesagt hat, möchte ich auch unterstützen. Wenn man etwas verbessern möchte, müssen wir mit den Baggern auffahren und sagen, okay, man muss diesen Tunnel komplett verändern. Nachher geht es weiter. Dann haben wir die Läden auf der Seite, die wir ja vielleicht haben könnten. Aber wir möchten sie nicht, weil wir das Geld auch nicht ausgeben möchten. Einfach kaufen verbessert die Situation dieser ganzen doofen Unterführung nicht. Wenn Luc sagt, die Steuerzahler hätten dort vor x Jahren mitbezahlt, möchte ich nicht, dass die Steuerzahler jetzt noch einmal an etwas mitbezahlen, wo keine Verbesserung da sein wird. Deshalb schon nur, da keine Verbesserung da sein wird, wenn die Stadt es kaufen würde, bin ich ganz klar dagegen, dass man dort irgendetwas unternimmt.

Nico Zila: Ich habe gestaunt, dass Luc das 21. Jahrhundert mit mehr Geld ausgeben gleichsetzt. Ich habe immer gemeint, so höher, grösser, schneller sei die Maxime des 20. Gewesen. Da seien wir etwas darüber hinweg. Aus meiner Sicht ist das 21. Jahrhundert durchaus auch eines des Verzichts. Ich denke, da können mir viele Leute auch mit ökologischer Grundhaltung zustimmen. Ich frage mich, ob alle hier in der letzten Zeit den Finanz- und Investitionsplan wieder einmal in der Hand hatten. Wir haben dermassen viele Projekte, die Geld brauchen und wo Oltnerinnen und Oltner Stunden, ganze Tage dort verbringen werden. Ich denke an die Badi. Ich denke an die Stadthalle. Ich denke an das Kunstmuseum, an das Stadttheater. Selber weiss ich noch nicht, wie sie alle herauskommen. Aber dort müssen wir Aufenthaltsqualität bieten und nicht in einer Unterführung wie im Winkel. Mit Verlaub, wer von uns ist dort am Tag länger als fünf Minuten drin? Auch mit Verlaub, sein Velo kann man einmal 200 Meter stossen. Ich finde, rein finanziell gesehen geben wir das Geld völlig am falschen Ort aus, wenn wir jetzt eine dermassen lange Debatte über den Winkel führen.

Heinz Eng: Ich möchte nicht nostalgisch werden. Aber ich habe natürlich als Kind in den 1970-er-Jahren noch die alte Unterführung gekannt. Es war effektiv so, wie Luc gesagt hat. Man ist beim Fleischkäse hinuntergegangen. Es war nur eine Unterführung unter den Gleisen, auf der anderen Seite wieder hinauf, den Winkel hinunter. Dann kam einmal der Fussgängerstreifen. Man ging über die Strasse und war dann an der Aare unten. Als Kinder gingen wir wunderbar ins «35er-Lädeli» Knallkörper kaufen, zurückgegangen und haben sie nachher in der schaurig dämmerigen alten Unterführung, in der einfach zwei Glühlampen an die Decke geschraubt waren, abgelassen. Es hatte damals schon einen Veloabgang und – aufgang. Dann ist, wie Daniela vorhin richtig gesagt und auch recherchiert hat, 1985 die jetzige Winkelunterführung gekommen. Ich finde, es ist etwas unfair, 30 oder schon bald 40 Jahre später zu sagen, es war eine Bausünde. An die Architekten-Fraktion im Parlament: Sie wissen es ja viel besser als ich. Das war der Baustil in den 80er-Jahren. Strasse oben, Bahn oben und Fussgänger unten. Die ganze Bahn nach Bern war so aufgebaut. Das ist alles oberirdisch, die Strasse usw., und die Leute unten. In Zürich ist es genau gleich. Jetzt haben wir die Winkelunterführung und man will sie enteignen. Etwas müssen wir tun. Ich war auch an den Sitzungen, an denen es die Reflexionsgruppen gegeben hat. Eine Enteignung, okay, à la bonne heure. Aber was ist die Anschlusslösung? Man muss doch irgendwie Varianten haben oder sonst etwas, dass man sagt, wir machen dies. Es kostet so und so viel. Dann machen wir dies und jenes. So hat man auch eine klare Auslegeordnung, was dort passieren soll. Das ist eigentlich der einzige Grund, weshalb ich nein stimme. Es greift zu wenig weit. Man enteignet zwar. Aber nachher weiss man immer noch nicht, was man macht.

Myriam Frey Schär: Um einschätzen zu können, wie teuer dies etwa kommen sollte, könnte man eine Verkehrswertschätzung machen, auch von einer Unterführung. Das ist nicht unmöglich. Es ist ein ungewöhnliches Objekt. Aber man kann. Zur Sicherheit kann man noch eine zweite Firma beauftragen, um auch eine zu machen. Es ist ähnlich, wie wenn man sich etwas offerieren lässt. Es ist nicht Kernphysik, im Vorfeld abzuschätzen, wie hoch der Verkehrswert von so etwas ist und weshalb dies dann nicht ins Parlament bringen? Das fände ich eine absolut gute Idee. Mir ist übrigens selbstverständlich aufgefallen, dass dort eine Pinselrenovation stattgefunden hat. Das ist mir nicht entgangen. Ich gehe fast jeden Tag einmal vorbei. Der Zustand hat sich einfach von katastrophal zu nicht gut verbessert., selbstverständlich einfach im Rahmen dessen, was mit dieser Substanz möglich ist. Es wäre dort sicher noch sehr, sehr viel mehr möglich. Wenn man auf das ganze Historische zurückschaut, nicht nur vom Winkel selber, sondern auch von unseren Bemühungen, dass dort etwas läuft, ist es nicht in einem Vakuum entstanden, dass wir dies so eingereicht haben, sondern aus einer wirklich sehr, sehr, sehr, sehr tief empfundenen Frustration, dass substanziell über all die Jahre nichts gelaufen ist. Fussgängerinnen und Fussgänger hat es in der Stadt ganz, ganz viele. Wir werden grundsätzlich einfach einmal ein wenig vergessen. Man macht viel für Velos, selbstverständlich auch für Autos. Aber bei Fussgängern geht es so nach dem Motto: Wenn wir irgendwo etwas für die Velos machen, ist dies wahrscheinlich auch noch für die Fussgänger gut. Ein Faktor, den ich sicher noch erwähnen möchte, ist, dass man ein solches Bauwerk, wenn es einem gehört, nicht nur anmalen oder neugestalten kann. Man kann zum Beispiel auch darüber bestimmen, welches Verkehrsregime dort besteht. Zum Beispiel kann man sagen, okay, wir wollen dort einen Mischverkehr machen. Ich kann mir gut vorstellen, dass es dort eine Lösung gibt. Im Moment können wir dort nicht durchfahren, weil es der Eigentümer so will. Wenn ich mich nicht ganz falsch erinnere, hat die Stadt zu einem früheren Zeitpunkt einmal kommuniziert, sie würde dort eigentlich gerne Velos durchfahren lassen. Aber es scheiterte am Eigentümer. Es geht auch etwas um solche Sachen.

Daniela Minikus: Ich bin ein wenig überrascht von dieser Hilflosigkeit. Wir sind hier ein paar Architekten. Das stimmt. Aber wir haben keine Fraktion oder ein Komitee gebildet, sondern es geht tatsächlich um eine Ernsthaftigkeit der Situation. Ich höre, was bringt es dann? Können wir etwas tun? Es ist halt eine Verbindung. Ich bin nur fünf Minuten dort. Das finde ich nicht den Ansatz. Das muss ich ehrlich sagen. Das Wort sexy muss ich jetzt im städtebaulichen Kontext echt in mein Repertoire. Das habe ich vorher noch nie gehört. Aber ich möchte noch einmal sagen sogenannte Testplanungen. Ich möchte Euch beliebt

machen, einmal nach Winterthur zu gehen. Nehmt den Zug und geht nach Winterthur und schaut. Es hat genau eine Situation, wie wir sie auch haben. Wir haben sie noch etwas schwieriger, weil wir noch eine Aare haben. Sie haben einen Strassenzug quer durch die Stadt. Sie haben einen Bahnhof mit Bahnlinie quer durch die Stadt. Sie machen wirklich Testplanungen, und das sind nicht nur Architekten, es sind auch Soziologen dabei, es sind Mobilitätsplaner dabei, Freiraumplaner. Es sind Vertreter der Gemeinde dabei. Das ist ein neues Instrument. Vor zehn Jahren hat man dies noch nicht so gemacht. Es ist wirklich eine Tatsache. Man konnte es noch nicht. Man hat noch nicht gewusst, wo die Komplexität der Stadtentwicklungen mit der zunehmenden Dichte ist. Ich möchte einfach noch einmal betonen, dass wir von der Jungen SP und SP eigentlich dort ansetzen möchten, dass wir für die Chance für diesen Dialog packen müssten, damit wir wissen, was wir mit diesem Ort machen sollen. Eine Testplanung für Olten und den Winkel, ohne dass wir uns wahnsinnig in Kosten stürzen. Danke.

Stadträtin Marion Rauber: Es ist eigentlich sehr viel gesagt worden. Ich habe natürlich gewisse Sympathien mit den Ausführungen von Daniela bezüglich Testplanung. Myriam hat mich vorhin auch etwas falsch zitiert. Mir ist es wirklich ein Anliegen, einfach zu sagen, dass man mit einem Kauf eigentlich noch nicht am Ende der Fahnenstange angekommen ist. Es müsste mit dieser ganzen Unterführung nachher zwingend etwas passieren. Ich habe immer das Paradebeispiel Baden vor Augen. Dort wurde unter dem Bahnhofplatz eine Unterführung geschaffen, in der man an einem Ort steht und am anderen Ort gleich hinaussieht, wo man hinget, sehr breit, sehr attraktiv. Deshalb habe ich gesagt, wenn man hier etwas machen möchte, müsste man wirklich mit einer so grossen Kelle anrichten, dass ich finde, es ist im Moment nicht gerade ein idealer Zeitpunkt, einfach aufgrund der anderen grossen Projekte, die in der Pipeline sind. Es ist mir einfach wichtig, dass das Parlament dies weiss, egal, was Ihr jetzt entscheidet. Nur damit, dass die Besitzverhältnisse wechseln, ist das Thema Winkel noch nicht erledigt. Es ist immer noch eine Unterführung und nicht ein Schmuckstück. Es war mir wichtig, dass dies hier auch betont wird, und es ist mehrmals wiederholt worden. Ich habe soweit alles gesagt und lasse Euch jetzt entscheiden.

Beschluss

Mit 25 : 14 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Auftrag nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:

Direktion Bau, Kurt Schneider, Lorenz Schmid, Urs Kissling, René Wernli, Markus Lack
Stadtkanzlei, Vorstossliste
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. Januar 2022

Prot.-Nr. 41

Auftrag Felix Wettstein und MU (Grüne) betr. Städtische Liegenschaften baldmöglichst isolieren/Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 25. März 2021 wurde Felix Wettstein (Grüne) und Mitunterzeichnenden ein Auftrag mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, ein Konzept samt Umsetzungsplan und Kostenschätzungen für eine beschleunigte Realisierung von Isolierungen der stadt eigenen Gebäude zu erarbeiten – auch der Wohn- und Geschäftshäuser in städtischem Besitz – sowie die Massnahmen in den Finanz- und Investitionsplan 2021-2028 aufzunehmen.»

Begründung

Gemäss Klimastrategie des Stadtrates vom 18. Januar 2021 umfasst der Gebäudepark der Einwohnergemeinde Olten aktuell 44 Heizungen. 40 davon werden mit Gas betrieben. Der Stadtrat will nicht unnötig Werte vernichten, darum hat er beschlossen, keine Heizanlagen vor Ablauf ihrer Lebensdauer auszuwechseln und erst die Ersatzanlagen auf fossilfreien Betrieb umzustellen – mit dannzumal besserer Technologie. Er verweist darauf, dass eine vorzeitige Stilllegung und Auswechslung den Anteil grauer Energie ansteigen lässt.

Allerdings kann sich die Stadt auch schneller dem Ziel «Netto-Null CO2» annähern, wenn die Heizanlagen zwar noch eine Weile ihren Dienst tun, in den stadt eigenen Gebäuden jedoch weniger Energie als heute verpufft. Wirksames Mittel und Beitrag zur angekündigten Gebäudestrategie sind Gebäudeisolationen. Die Technologien dazu sind ausgereift. Aktuell gibt es jedoch kein Konzept und keinen Umsetzungsplan zur Sanierung älterer Bauten.

Gebäudesanierungen kosten, jedoch ist (nebst dem ökologischen) der finanzielle Nutzen beträchtlich: Die laufenden Kosten für den Energiebezug werden deutlich sinken. Aktuell besonders hoch sind sie bei der Stadthalle (Rechnung 2019: 194'600 Franken für Heizung, Strom, Wasser). Alle Schulliegenschaften zusammen verursachten (2019) 528'000 Franken Energiekosten, die weiteren Sportstätten ohne die Badi 71'000 Franken, die «Verwaltungsliegenschaften, übrige» (Konto 0250) 132'600 Franken, die Stadtbibliothek 14'100 Franken, die Friedhofanlagen 48'500 Franken. Das Einsparpotenzial ist gross.»

- - - -

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die 132 Bauten im Besitz der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (im Finanz- und Verwaltungsvermögen) weisen einen gesamten Gebäudeversicherungswert von über CHF 300 Mio. Franken auf.

Für die Liegenschaften der Stadt werden bereits, entsprechend den Prioritäten und den vorhandenen Ressourcen, systematisch der Unterhalts- und Erneuerungsbedarf und die geänderten Nutzeransprüche ermittelt. Solche Machbarkeitsstudien sind beim Schulhaus Frohheim, dem Kunstmuseum/ehem. Naturmuseum und dem Stadttheater abgeschlossen. Aktuell läuft dieser Prozess beim Stadthaus (Erd- und Untergeschosse) und in naher Zukunft ist die Erhebung bei der Stadthalle, der Garderobe Schwimmbad, dem Krematorium und der Abdankungshalle Friedhof Meisenhard, dem Schulhaus Hübeli und dem Schulhaus Bifang geplant und im Investitionsplan abgebildet.

Parallel dazu wurden die Arbeiten für eine systematische Liegenschaftenstrategie in Angriff genommen. Diese hat das Ziel eine gezielte, bedarfsgerechte und wirtschaftliche Weiterentwicklung der Liegenschaften zu ermöglichen und die Stadt Olten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Das Ergebnis dieses Projektes ist die Erstellung eines Mehrjahresplans, der aufzeigt, welche Instandsetzungsmassnahmen pro Gebäude und ggf. Neubauten in den nächsten 25 Jahren umgesetzt werden müssen. Die Mittel für diese Aufgabe sind im Budget 2021 und im Entwurf zum Budget 2022 enthalten.

In Abweichung zum vorliegenden Auftrag sieht der Stadtrat eine ganzheitliche Perspektive der Immobilie im Vordergrund. Auch wenn bessere Dämmungen von Fassade und ein Fensterersatz einen direkten Nutzen bringt, darf dabei der Blick über den Lebenszyklus der Immobilien nicht fehlen. Es bringt z. B. keinen Mehrnutzen, wenn eine Baute gedämmt wird und sich im Nachgang herausstellt, dass ein Rückbau erfolgt oder ein Anbau erforderlich ist.

In Anbetracht dessen, dass einerseits der Stadtrat den Unterhalts- und Erneuerungsbedarf der städtischen Liegenschaften teilweise bereits erhoben hat und teilweise in naher Zukunft erhebt und dass andererseits der Umsetzungshorizont weit über den Finanz- und Investitionsplan 2021-2028 hinausreicht, empfiehlt er diesen Auftrag nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Der Auftrag Felix Wettstein (Grüne) und MU betr. städtischen Liegenschaften baldmöglichst isolieren wurde von den Unterzeichnenden wie folgt angepasst:

«Der Stadtrat wird beauftragt, ein Konzept samt Umsetzungsplan und Kostenschätzungen für eine beschleunigte Realisierung von Isolierungen der stadteigenen Gebäude – auch der Wohn- und Geschäftshäuser in städtischem Besitz – zu erarbeiten. Der Umsetzungsplan soll auch Angaben dazu enthalten, welche Reduktionen der Energiekosten pro Jahr zu erwarten sind, nachdem die Isolierungen realisiert sind.»

- - - -

Manuela Höfler: Die grüne Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung dieses Vorstosses. Ihr seid alle per Mail informiert worden, dass wir den Auftragstext inzwischen geändert haben. Ich lese ihn Euch deshalb kurz vor: «Der Stadtrat wird beauftragt, ein Konzept samt Umsetzungsplan und Kostenschätzungen für eine beschleunigte Realisierung von Isolierungen der stadteigenen Gebäude, auch von den Wohn- und Geschäftshäusern im städtischen Besitz, zu erarbeiten». Der Umsetzungsplan soll auch Angaben enthalten, welche Reduktionen der Energiekosten pro Jahr zu erwarten sind, nachdem die Isolierungen realisiert wurden. Im neuen Auftrag wurde der Satz gestrichen, dass die Massnahmen in den Finanz- und Investitionsplan 2021 – 2028 aufgenommen werden müssen. Wir haben dies gemacht, weil wir dem Stadtrat den finanzpolitischen Spielraum geben wollen, bis wann diese Dämmungen umgesetzt werden sollen und auch, weil es wahrscheinlich bis 2028

relativ unrealistisch gewesen wäre. Inhaltlich sind wir aber überzeugt, dass es diesen Auftrag braucht. Bis heute hat der Stadtrat zwar eine Studie, eine Klimastrategie erstellen lassen und die Stellungnahmen der Parteien im letzten Jahr eingeholt. Es fehlt aber ein Plan, wie man die verschiedenen Ziele, unter anderem im Gebäudebereich, erreichen möchten und könnten. Wenn wir diesen Auftrag überweisen, wird mindestens für einen Teil im Gebäudebereich eine Konkretisierung der Massnahmen gemacht werden. In der Beantwortung des Stadtrates, die sich noch auf den ursprünglichen Auftrag bezieht, werden die Arbeiten aufgezählt, welche die Stadt aktuell unternimmt, um Liegenschaften zu unterhalten. Ich fasse dies ganz kurz zusammen. Erstens ermittelt die Stadt jeweils systematisch, aber aufgrund von Prioritäten, die nicht genauer ausgeführt werden, und der vorhandenen Ressourcen den Unterhalts- und Erneuerungsbedarf sowie die sich ändernden Nutzeransprüche. Dafür werden dann Machbarkeitsstudien erstellt und entsprechende Erneuerungen geplant und im Budget und Investitionsplan abgebildet. Zweitens hat die Stadt begonnen, eine systematische Liegenschaftsstrategie zu erarbeiten. Das Ziel ist eine bedarfsgerechte und wirtschaftliche Weiterentwicklung, und ich hoffe, die Stadt versteht unter wirtschaftlich inklusive nachhaltig dieser Liegenschaften. Konkret heisst dies eigentlich einfach, dass die Stadt eine neue Software beschaffen wird. Dort werden alle Liegenschaften erfasst, so dass man dann Erneuerungsmassnahmen pro Gebäude in einem Mehrjahresplan im Überblick hat. Das Füllen dieser Software wird in diesem Jahr starten, vermutlich auch ein wenig davon abhängig, wie es im Februar mit der Budgetabstimmung herauskommen wird. Der Stadtrat möchte den Auftrag aufgrund der bereits stattfindenden Arbeiten nicht erheblich erklären, weil er sagt, dass isolieren allein nicht reicht und er eine ganzheitliche Perspektive auf das Immobilienmanagement wahrnehmen möchte. Wir stimmen ihm zu. Eine ganzheitliche Perspektive ist wichtig. Wir wollen auf keinen Fall Gebäude isolieren, die wir später wieder abreißen, wie es der Stadtrat in seiner Begründung für die Ablehnung ausführt. Aber wir wollen, dass wir in dieser ganzheitlichen Perspektive auch anerkennen, dass wir uns in einer Klimakrise befinden. Das heisst, wir können nicht einfach wie bisher weitermachen und unsere Gebäude in der gleichen Kadenz und oft auch noch auf die gleiche Art und Weise sanieren, wie wir dies schon immer bzw. in den letzten Jahrzehnten gemacht haben. Wir müssen jetzt handeln. Die systematische Liegenschaftsstrategie der Stadt finden wir eine gute Sache und sind froh, dass die Stadt diese Arbeiten aufgenommen hat. Wir möchten den Vorstoss erheblich erklären, damit die energetische Massnahme zu dämmen als eine weitere wichtige Priorität aufgenommen wird. Bis heute gibt es, wie gesagt, noch keinen Plan, der aufzeigt, wie wir im Gebäudebereich die CO₂-Bilanz verbessern wollen und damit übrigens auch die Heizkosten senken können. Isolieren ist eine wichtige Massnahme. Das könntet Ihr auch nachlesen, falls es bei Euch nicht sofort im Altpapier gelandet ist. Im letzten a.en-Magazin, das im Dezember verschickt wurde, steht zum Beispiel, dass die Modernisierung der Gebäudehülle, Dächer, Fenster, Aussenfassaden und des Kellerbodens megawichtig ist und ihr eine Schlüsselrolle zukommt. Bis zu 80 % der Heizenergie würden sich so einsparen lassen. Das muss man sich einfach einmal kurz überlegen. 80 %. Klar ist dies der Maximalfall. Klar ist dies nicht überall möglich. Aber theoretisch ist es bis zu 80 %, die wir einsparen können. Das ist das Zitat des a.en-Energieberaters Lukas Zeltner. Es steckt also enormes Potenzial darin, auch für die städtischen Gebäude, die noch immer zu einem sehr grossen Teil mit Gas geheizt werden. Wie wichtig es ist, dass wir hier als Parlament klare Prioritäten setzen, zeigt die Übersicht über die CO₂-Bilanz der Gebäude der Stadt Olten, die wir anschauen durften und die im Zusammenhang mit der Klimastrategie erstellt wurde. Auch in den letzten Jahren war es noch keine Selbstverständlichkeit, dass wir in Olten energetisch und nachhaltig sanieren. Allein seit 2016 hat die Stadt bei fast allen ihren Sanierungen Gasheizungen eingebaut oder Gasheizungen mit Gasheizungen ersetzt. Megaviele Gebäude, bei denen wir jetzt wieder 25 Jahre warten wollen, bis wir auf erneuerbare Heizsysteme umsteigen werden. Auch wenn wir den Klimanotstand erst 2019 ausgerufen haben, ist dies einfach megaschwer verständlich und für alle Fachleute im Baubereich, die auch in der Direktion Bau arbeiten, muss ich sagen, dass ich dies extrem enttäuschend finde. Zum Schluss erlaubt mir noch eine Bemerkung zum Vorstoss «Biogas für die städtischen Liegenschaften», weil dies damit direkt zusammenhängt. Wir haben ihn zurückgezogen, weil wir es nicht als sinnvoll erachten, Geld für ausländische Zertifikate auszugeben. Je nach Variante, hat uns der Stadtrat in seiner

Antwort vorgerechnet, würden wir zwischen Fr. 200'000.— und Fr. 350'000.— jährlich mehr zahlen müssen, wenn wir unsere Liegenschaften klimaneutral zu 100 % mit Biogas heizen würden. Das wäre eigentlich das Geld, das wir sowieso jedes Jahr investieren müssten, wenn wir nicht jedes Jahr Schulden bei der nächsten Generation machen wollen. Wir möchten dieses Geld aber jetzt lieber für unsere eigene Infrastruktur in Olten ausgeben, zum Beispiel für das Isolieren. So sparen wir auf der einen Seite Geld, weil wir dadurch auch weniger für das Heizen werden ausgeben müssen, und auf der anderen Seite reduzieren wir unseren CO₂-Ausstoss. Wir bitten Euch, stimmt mit uns für die Erheblicherklärung dieses Vorstosses und erteilt dem Stadtrat den Auftrag, isolieren als eine wichtige energetische Massnahme in der Liegenschaftsstrategie zu verankern und städtische Gebäude so rasch als möglich zu dämmen. Die Arbeiten, die der Auftrag fordert, ein Konzept mit Umsetzungsplan und Kostenschätzungen, gehen Hand in Hand mit denjenigen der Liegenschaftsstrategie. Es ist eine perfekte Basis für die Berechnungen, um herauszufinden, welche Reihenfolge wirtschaftlich auch am meisten Sinn macht. Das muss und soll sich nicht widersprechen. Es setzt nur einen weiteren Fokus und es ist eben auch ein megawichtiger Schritt weiter auf dem Weg Richtung netto null bis 2040, wofür wir uns verpflichtet haben. Danke vielmals für Eure Unterstützung.

Stadträtin Marion Rauber: Wir haben die Beantwortung nicht angepasst aufgrund der Änderung des Auftrags textes, weil der Stadtrat sie bereits verabschiedet hatte. Das Regierungsprogramm des Stadtrates und der konkrete Massnahmenplan in Bezug auf die Reduktion des CO₂ und auch als Energiestadt zeigt klar auf, dass selbstredend jede Sanierung einer beheizten Hochbaute, die in unserem Besitz ist, auch immer eine energetische Sanierung beinhaltet. Die systematische Liegenschaftsstrategie, wie sie Manuela bereits erwähnt hat, wurde in Angriff genommen. Aber sie ist noch nicht abgeschlossen. Aus dieser Erfassung resultiert nachher der gesamte Investitionsbedarf für den nächsten Gebäudezyklus, der eine Zeitspanne von 25 Jahren betrifft. Selbstverständlich können wir in diesem Zusammenhang auch den nachgereichten Passus der grünen Fraktion, nämlich die Erhebung der zu erwartenden Reduktionen nach Isolation vornehmen. Einfach, damit ich dies hier betont habe, mit entsprechendem Mehraufwand und den dazugehörigen Mehrkosten. Im Finanz- und Investitionsplan ist ersichtlich, welche grösseren Unterhalts- und Erneuerungsmassnahmen in der aktuellen Periode geplant sind. Ich denke, mit unseren 132 Bauten sind wir auf gutem Wege in eine klimastrategisch bessere Zukunft, und das Parlament wird laufend via Jahresbericht, Budgetplanung, einzelnen Kreditbegehren etc. auf dem Laufenden gehalten. Aus diesem Grund schlägt der Stadtrat auch vor, diesen Auftrag nicht erheblich zu erklären. Merci.

Anna-LeaENZler: Trotz dieser Last-minute-Änderungsvorschlägen der Grünen sind wir als Fraktion SP/Junge SP bei unserer Meinung geblieben. Wir finden, dieses Anliegen ist wichtig, und wir finden ökologische Sanierungen sehr gut. Obwohl wir dem Stadtrat selbstverständlich glauben, wenn er sagt, das Thema sei bereits in Angriff genommen worden, wollen wir unsere Sympathie für die Sache zeigen, indem wir auch den Auftrag erheblich erklären. Der Stadtrat hat schon viel gemacht, das wollen wir nicht kleinreden, wie Manuela alles schon ganz genau ausgeführt hat mit der Machbarkeitsstudie, der systematischen Erfassung, Abbildung im Investitionsplan und so weiter und so fort. Deshalb möchte ich auch nicht noch näher darauf eingehen. Wir sehen dies aber nicht ganz so pessimistisch wie die grüne Fraktion und vertrauen darauf, dass bei den Sanierungen in Zukunft auch immer die energetische Perspektive berücksichtigt wird, so wie dies Marion vorhin gerade noch einmal bekräftigt hat. Auch wir finden, dass dies in Bezug auf die beschlossenen Massnahmen zur CO₂-Reduktion und auch in Bezug auf unsere Ziele als Energiestadt absolut zwingend nötig ist. Alles in allem eine gute Sache und auf gutem Weg, was der Stadtrat hier schon gestartet hat. Weil wir das Anliegen, wie gesagt, so wichtig finden, haben wir uns auch als Fraktion, entgegen der Empfehlung des Stadtrates entschieden, diesem Auftrag zuzustimmen. Merci vielmals.

Nico Zila: Die FDP-Fraktion unterstützt die Haltung des Stadtrates. Wir unterstützen selbstverständlich auch das Ziel der Dekarbonisierung, netto null bis 2040. Liebe Manuela,

das ist auch für den Freisinn ein wichtiges und realistisches Ziel. Wir sind aber klar der Meinung, dass Isolierungen jetzt nicht losgelöst vom Lebenszyklus der städtischen Immobilien geprüft und umgesetzt werden sollten, sondern genau dort drin. Ich denke, der Stadtrat hat dies als Teil seiner Strategie aufgenommen. Kollega Borner hat einen OT-Artikel von heute angesprochen, den ich ebenfalls mit Interesse gelesen habe. Es hat mich gefreut, dass der Stadtrat auch in seiner neuen Zusammensetzung durchaus für Desinvestitionen im Immobilienbereich offen ist. Da möchte ich namens der FDP schon darauf hinweisen, dass es gut zu prüfen gilt, wo man investiert, bevor man dann allenfalls desinvestiert. In diesem Sinne keine Absage an das langfristige Ziel, aber doch eine Unterstützung des Vorgehens der Stadträtin.

Denise Spirig: Wir haben es heute schon einmal gesagt. Auch für Olten jetzt! ist die CO₂-Reduktion in der Stadt eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre. Genau aus diesem Grund ist auch 2019 die Motion für eine klimaneutrale Stadt eingereicht und überwiesen worden. Ich kann es auch schon vorwegnehmen. Wir sind mit den Ausführungen des Stadtrates eigentlich auch einig. Er hat in seiner Antwort klar dargelegt, was er im Bereich der Immobilien in Sachen Unterhalt und Erneuerungsbedarf macht und er auch daran arbeitet, einen Mehrjahresplan zu erstellen. Wir begrüßen vor allem auch das ganzheitliche Vorgehen des Stadtrates. Nicht zu vergessen: Im Rahmen der Budgetsitzung haben wir auch eine Stelle bewilligt. Diese Person sollte sich genau mit diesen Themen befassen. Bei uns ist es einfach so, dass dieser Auftrag in unseren Augen keinen Mehrwert bringt, weil er eben auch genau Teil dieser Netto-Null-CO₂-Motion bis 2040 ist. Wir würden dem Stadtrat eigentlich lieber beliebt machen, dass er diese Motion mit einem klaren Umsetzungsplan umsetzt, und werden den vorliegenden Auftrag aus diesen Gründen leider nicht erheblich erklären.

Beat Felber: Die Fraktion CVP/EVP/glp begrüsst den Vorschlag der Grünen, dass man die städtischen Liegenschaften baldmöglichst dämmt. Auch wir sind der Meinung, dass das Einsparpotenzial und somit der finanzielle Nutzen gegeben sind. Zudem macht es durchaus Sinn, die Gebäudehüllen vor der Heizung zu sanieren. Somit kann nämlich die Heizungsanlage auch gleich richtig dimensioniert werden. Ich möchte es kurz machen. Unsere Fraktion wird den Auftrag einstimmig überweisen.

Ursula Rüegg, SVP: Unsere Fraktion wird für nicht erheblich stimmen und so dem Stadtrat folgen. Wir nehmen natürlich wohlwollend zur Kenntnis, dass sich der Stadtrat die Prioritäten bei der Sanierung der Liegenschaften selber gibt und auch erkannt hat, wie wichtig die Berücksichtigung von Umweltanliegen ist. Wenn wir hier zur Erheblichkeit ja sagen, haben wir ein weiteres grosses Projekt, das auch ohne uns schon im Augenmerk des Stadtrates ist. Auch ohne diesen Auftrag wird der Stadtrat uns hoffentlich über nötige energetische Sanierungen berichten. Danke vielmals.

Beschluss

Mit 20 : 20 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten wird die angepasste Version des Auftrags erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktion Bau, Kurt Schneider, Lorenz Schmid
Direktion Bau, Urs Kissling, René Wernli, Markus Lack
Stadtkanzlei, Vorstossliste
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. Januar 2022

Prot.-Nr. 42

Auftrag Luc Nünlist (SP/JSP) betr. Politische Berichterstattung für alle/Beantwortung

Am 24. Juni hat Luc Nünlist (SP/JSP) folgenden Vorstoss eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament einen Beschlussesantrag vorzulegen, mit welchem der Auftrag des amtlichen Publikationsorgans «Stadtanzeiger» um politische Berichterstattung zu Parlamentssessionen und Stadtratssitzungen u.Ä. ergänzt werden kann.

Begründung:

Im amtlichen Publikationsorgan Stadtanzeiger publiziert die Stadt Olten, politische Parteien inserieren, Vereine und Veranstalter*innen haben eine Plattform für ihre Ankündigungen und Werbeflächen.

Der Stadtanzeiger wird in der Region gedruckt und in jeden Haushalt verteilt. Ohne eine Konkurrenz für die Lokalpresse sein zu wollen, wäre es wünschenswert und mit geringen Mitteln umsetzbar, den Oltner*innen ein umfangreiches politisches Informationsangebot zu bieten, das frei Haus für alle zugänglich gemacht werden kann.

Gerade in der Ausgabe vom 24.6.2021 beispielsweise wurden politische Themen abgedeckt, die die Stadt schon länger bewegen (SIP) oder gerade eingereicht wurden (Stadtmelde-App). Eine derartige Berichterstattung ist ein Service public, den sich die Stadt leisten kann. Der Stadtanzeiger kommt dieser Funktion bereits nach. Dass eine ausgewogene und breite Berichterstattung möglich ist, muss die Finanzierung auch geprüft werden.»

- - - -

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Wie der Verfasser des Auftrags schreibt, ist der Stadtanzeiger, der an alle Oltner Haushaltungen verteilt wird, das Publikationsorgan, in dem die offizielle Stadt Olten ihre amtlichen Publikationen (Referenden, Wahlanzeigen, Bauausschreibungen, Traktandenliste der Parlamentssitzungen, Verkehrsmassnahmen) sowie eigene Veranstaltungen von allgemeinem Interesse inseriert. Zudem publiziert der Stadtanzeiger die Medienmitteilungen des Stadtrates und der Stadtverwaltung, welche die Informationsstelle regelmässig veröffentlicht. Dazu gehören auch Mitteilungen zu Geschäften, die im Stadtrat und/oder im Parlament behandelt werden. Unabhängig davon veröffentlicht der Stadtanzeiger auch Einsendungen der politischen Parteien zu diesen und anderen Themen.

Aus dem Auftrag geht nicht hervor, wie sich der Verfasser eine Ausdehnung dieses Angebots vorstellt: ob die Stadt Olten den Stadtanzeiger finanziell unterstützen soll, damit dieser eine Person beschäftigt, welche Berichterstattungen über die erwähnten Gremien

verfasst; oder ob es darum geht, auf Seiten der Stadtverwaltung eine Person anzustellen, welche zusätzliche Berichte aus Stadtrat und Parlament verfasst.

Bei einer finanziellen Unterstützung des Stadtanzeigers zwecks Finanzierung einer «objektiven» politischen Berichterstattung müsste sich die Stadt den Vorwurf der ungerechtfertigten Einflussnahme auf *ein* Printmedium gefallen lassen. Auf der anderen Seite würde der Stadtanzeiger seine objektive Unabhängigkeit aufgeben und schon deshalb nicht auf ein entsprechendes Angebot eingehen wollen. Eine Prüfung der Zulässigkeit eines solchen Engagements im Hinblick auf das verfassungsmässige Gebot der Medienfreiheit (Art. 17 BV) wäre zudem ebenfalls notwendig. Fest steht, dass die Berichterstattung mit den bestehenden Ressourcen auf Seiten der Stadtverwaltung nicht ausgebaut werden kann. Ein Aufbau von zusätzlichen Stellenprozenten im Bereich Kommunikation hingegen sollte nach Ansicht des Stadtrates nicht einseitig zugunsten eines einzelnen Produktes erfolgen, sondern müsste allen Medien und allen Kanälen dienen.

Der Stadtrat ist daher der Ansicht, dass er die bisherige Praxis weiterführen will, und prüft allenfalls einen Ausbau der Kapazitäten im gesamten Kommunikationsbereich. Die politischen Parteien sind aufgefordert, die Medien ihrerseits mit ihren Veröffentlichungen zu beliefern. Der Stadtrat empfiehlt in diesem Sinne, den Auftrag nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Luc Nünlist, Fraktion SP/Junge SP: Ihr habt den Auftragstext alle gelesen und die Begründung dazu auch. Ich kann verstehen, dass dies vielleicht noch zu etwas Verwirrung geführt hat. Ich möchte gerne noch ein wenig ausführen und namentlich auf die Beantwortung des Stadtrates eingehen. Der Auftragstext ist eigentlich bewusst offengehalten. Einzig der Zweck bleibt unveränderbar. Der Zweck lehnt sich an unsere Arbeit, die wir im Parlament alle machen. Ihr seid alle in ehrenamtlicher Arbeit hier. Allzu oft müssen wir uns etwas den Vorwurf gefallen lassen, dass die Arbeit, die im Stadthaus stattfindet, etwas von dem, was in der Bevölkerung wahrgenommen wird, entkoppelt ist. Dieser Separierung schulden wir ein gewisses Unverständnis. Genau darauf ziele ich eigentlich etwas mit diesem Auftrag. Meine Wunschvorstellung wäre, dass wir eine ein wenig aktivere politische Berichterstattung haben. Ich weiss nicht, wer uns heute genau zuhört. Die Mithörerinnen und Mithörer der Presse sehen wir natürlich nicht. Aber ich möchte an dieser Stelle schon auch ganz herzlich den Exponenten des OT, des KOLT und der NOZ, die uns regelmässig betreuen. Das soll in keiner Art und Weise ein Angriff sein oder eine Konkurrenz hervorrufen. Ganz im Gegenteil: Ich würde mir eine aktive politische Berichterstattung wünschen, um diese Schnittmenge zu vergrössern, was die politische Arbeit im Stadthaus ist, die im Parlament passiert und das Verständnis in der Bevölkerung selber. Gerade mit komplexen Vorlagen, welche Budgetprozesse am Laufen sind, wäre es förderlich, wenn man breitere Informationen hätte, aufbereitete Informationen. Wir reden auch immer wieder über die Kommunikationsstrategie des Stadthauses. Aber das ist hier eigentlich nicht explizit ein Anliegen. Was ich mir wünschen würde, ist, dass man bestehende Kanäle besser nutzen würde. Wir haben den Kanal des Stadtanzeigers. Das wird einmal in der Woche in einer grossen Auflage gedruckt, über 40'000 Exemplare, die gedruckt und überall in der Region verteilt werden. Dieses physische Medium, namentlich durch Inserate, bespielt die gesamten Artikel und dann Eigenproduktionen. Wenn man dies anders füllen würde, mit allenfalls aufbereiteter Reportage und Berichterstattung über die Parlamentssessionen, wie wir jetzt gerade eine haben, könnte man dies eigentlich ohne grosse Mehrkosten machen. Gedruckt wird dieses Medium sowieso, verteilt wird es sowieso. Es hat eine sehr grosse Reichweite. Einzig den Gehalt erhöhen wäre so etwas das Anliegen dieses Auftrags. Das ist der Hintergrund. Die Offenheit der Formulierung scheint den Stadtrat, so habe ich es zumindest verstanden, ein wenig einzuschüchtern. Sie verstehen dies als zwei Optionen. Entweder schiebt man Geld an ein Medium und unterstützt dieses Medium, quasi eine private Medienförderung, Darüber werden wir im Februar noch einmal reden. Oder man stellt eine

Person in einem Pensum ein, die diese Berichterstattung übernimmt. Ich sehe nicht nur diese zwei Möglichkeiten. Deshalb ist der Auftragstext auch offengehalten. Es gibt durchaus Möglichkeiten. Genauso wie man die physischen Verteilkanäle nutzen könnte, könnte man natürlich auch die personell vorhandenen Ressourcen nutzen. Wir haben Leute, die sich bereits sehr aktiv mit unserem Wirken auseinandersetzen. Da gäbe es Mittel von Leistungsaufträgen. Man könne periodisch Reportagen einkaufen und wieder eine regelmässige Berichterstattung haben. Das würde natürlich auch im Gehalt darüber hinausgehen, dass man einfach 1 : 1 die Parteimeinungen in einem Gratisblatt abdruckt. Dass einfach der direkte Abdruck von Parteizusendungen parteiisch ist, wie es der Stadtrat in der Beantwortung auch sagt, leuchtet mir ein. Aber dass man eben mit einem relativ geringen Aufwand auch unser Wirken der Bevölkerung aufbereitet breiter zugänglich machen könnte, das wäre in diesem Moment niederschwellig handhabbar. Das wäre so etwas mein Wunsch. Man könnte auch mit freischaffenden Journalistinnen und Journalisten oder bestehenden Redaktionen zusammenarbeiten, die Sessionsberichte abgeben und so auch das weitreichende Publikationsorgan des Stadtanzeigers nutzen könnten. Es wäre allenfalls auch möglich, dass sie ihre Lohnkostendeckungsbeiträge senken, ich weiss es nicht, oder eine interessante Dienstleistung an die Stadt und letzten Endes an die Bevölkerung geben könnten, ohne sich, und das ist mir besonders wichtig, selber zu konkurrenzieren. Es kann natürlich nicht sein, wie es erwähnt wurde, dass sich das OT nachher quasi selber abschafft. Das ist ein Denkanstoss. Es wäre ein möglicher anderer Weg, mit Leistungsaufträgen zu arbeiten. In einer Umsetzung könnte es dazu führen, dass unsere Arbeit, die wir hier leisten, auch niederschwellig und in einer ganz anderen aufbereiteten Form gewürdigt werden könnte und sehr zugänglich bei einer breiten Bevölkerungsschicht im Briefkasten landen würde und so vielleicht auch noch ein anderes Verständnis für die städtische Politik vorhanden wäre. Merci vielmals.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne/Junge Grüne: Der Umgang mit Informationen ist eines der ganz grossen Probleme unserer Zeit, möglicherweise sogar das grösste. Zu einigen Sachen haben wir viel zu viele Informationen, medial die sogenannten Aufreger, und über andere Sachen wissen wir überhaupt nichts, obwohl sie vielleicht ganz wichtig wären. Über vieles, gerade auch über Politisches, werden zum Teil haarsträubende Sachen herumgeboten. Gerade auf Social Media wird begeistert fabuliert und zwar über das ganze politische Spektrum hinweg. Jetzt gibt es ja die lokalen Printmedien mit ihrer Berichterstattung. Dass sie normalerweise und auch richtigerweise selektiv ist, ist nicht unbedingt das Hauptproblem, sondern das Hauptproblem ist heute die relativ kleine Reichweite von kostenpflichtigen Tageszeitungen. Die meisten holen sich die Infos, wenn überhaupt, online, zum Beispiel auf Facebook. Aber selbst wenn Facebook eine verlässliche Informationsplattform wäre, und das ist es absolut nicht, wäre es doch skandalös, wenn man jetzt nur noch gute lokalpolitische Infos erhalten würde, nachdem man zuerst seine persönlichen Daten einem amerikanischen Konzern mit einem höchst fragwürdigen Geschäftsmodell verschenken müsste. Der Stadtanzeiger hingegen ist ein niederschwelliges neutrales Medium, das praktisch in jede Haushalt kommt. Die Stadt publiziert ja immer vorgängig die Traktandenliste der Gemeinderatssitzungen, und es spricht eigentlich überhaupt nicht dagegen, wenn man genau diese Traktandenliste, vielleicht eine Woche nach der Sitzung, quasi noch einmal spiegelt, einfach diesmal mit Infos darüber, wie die einzelnen Geschäfte und Vorstösse abgehandelt wurden, angereichert. Die Berichterstattung im Stadtanzeiger könnte zum Beispiel so aussehen, pro Traktandum ein kleiner Abschnitt mit erstens einer kleinen Beschreibung, worum es ging, zweitens die wichtigsten paar Pro- und Kontra-Argumente, die in der Sitzung geäussert wurden, und drittens mit welchem Stimmverhältnis dieses Geschäft oder dieser Vorstoss angenommen oder abgelehnt wurde. Es ist tatsächlich so, dass es oft Sachen gibt, die eigentlich niemanden so richtig interessieren. Aber vielleicht ist es trotzdem wichtig zu wissen und auch eine gute Form, die zu archivieren. All dies hätte insgesamt locker auf einer Seite Platz, und man könnte zum Beispiel, wenn man jetzt ganz innovativ wäre, noch einen QR-Code platzieren, mit dem später gleich das Protokoll online anschauen könnte. Denjenigen, die jetzt sagen, es sei ja nicht Pflicht des Staates, möchte ich entgegenen, aber es wäre eben gescheit. Ich habe es am Anfang schon gesagt. Wir stecken wirklich in einer Pandemie von Falschinformationen,

wo uns Algorithmen immer mehr und immer verdrehtere Versionen der Realität auf unsere Endgeräte spielen. Das passiert auch auf kommunaler Ebene. Wir sind auch kommunal bereits in irgendwelchen Informationssilos. In der Demokratieforschung gilt es ja als gesichert, dass die politische Polarisierung der Gesellschaft immer dort schnell fortschreitet, je weniger verlässliche kommunale Berichterstattung es gibt. Eine Zusammenfassung der Gemeinderatssitzung im Stadtanzeiger wird die Welt wahrscheinlich nicht verändern. Aber es wäre schade, wenn der Stadtrat diese Chance verschlafen würde, die Bevölkerung niederschwellig mit Informationen zu bedienen, die diesen Namen tatsächlich auch verdienen. Merci.

Daniel Kissling: Ich werde jetzt vielleicht meine Vorrednerinnen und meine Nachredner überraschen, wenn ich sage, dass Olten jetzt! geschlossen gegen diesen Antrag votiert und zwar nicht, weil wir finden, Informationen seien nicht wichtig, sondern genau deshalb. Wir sind aktuell in einer Diskussion auf nationaler Ebene, in der wir über das Mediengesetz diskutieren und vor allem zwei Schlagwörter kommen, nämlich Systemmedien, gekaufte Presse. Genau dem würden wir mit einem solchen Vorstoss Folge leisten. Auch wenn es gut gemeint ist, und ich bin absolut der Meinung, dass wir in Olten noch mehr Medien dazu bringen kann, über unsere Parlamentsarbeit zu reden, dass ich es wichtig finde, dass klargemacht wird, wer dafür, wer dagegen ist. Das finde ich alles richtig und wichtig. Es ist aber einfach auch so, dass ich ganz ehrlich nicht ganz sicher bin, ob ich Fan davon bin, wenn irgendjemand bei der Stadt, aktuell wäre dies wahrscheinlich unser geschätzter Herr Markus Dietler, nachher quasi offiziell sagt, was im Parlament gelaufen ist. Eine solche Meldung der Stadt hat eine recht grosse Aussagekraft. Je nachdem, ob man für oder gegen etwas ist, das dort steht, findet man es gut oder nicht. Wir übergeben dann quasi die offizielle Berichterstattung nicht einem Medium, nicht Journalistinnen und Journalisten, sondern in einer Pressemitteilung der Stadt. Das ist nicht eine freie Meinungsäusserung und Information. Das kann man natürlich so ausweisen. Man kann sagen, dass ist nicht, was offiziell ist, was die Journalistinnen und Journalisten denken. Aber es ist halt doch immer noch eine Verlautbarung, in die man viel Raum in ein öffentliches Publikationsorgan gibt, wo aktuell Baugesuche, Ausschreibungen und Beschlüsse drinstehen und nicht mehr und nicht weniger. Dafür ist ein offizielles Publikationsorgan einer Stadt eigentlich auch gedacht. Ich glaube, das ist auch in anderen Städten und Gemeinden so angelegt. Ich bin der Meinung und überzeugt davon, dass die Stadt besser und mehr informieren soll. Das haben wir von Olten jetzt! immer und immer wieder kritisiert. Dafür gibt es aber andere Kanäle. Dafür gibt es eine Website, dafür gibt es Social Media, und ich bin überzeugt, dass der Stadtrat und auch die Stadt dort in den nächsten Jahren auch noch Fortschritte machen wird, weil sie erkannt haben, wie wichtig dies ist. Dass sich die Stadt Platz in einer Zeitung kauft, um noch mehr zu sagen, was gelaufen ist, möchte ich Euch, auch die Befürworterinnen und Befürworter, nur daran erinnern, dass wir alle regelmässig von einer Partei einen Bericht aus dem Parlament zugeschickt erhalten, der auch die Wahrheit erzählt, aber halt so, wie sie diese sehen, und Twists, wie sie diese sehen. Genau das kann am Schluss auch passieren, wenn die Stadt oder der Stadtschreiber oder die Stadtschreiberin die Abstimmung oder Diskussion einmal nicht so erlebt hat, wie Ihr sie gesehen habt. Dementsprechend vertraue ich in diesem Punkt auf die Einschätzung der Journalistinnen und Journalisten und möchte auch einmal bekanntmachen, dass, so sehr ich den Stadtanzeiger schätze, übrigens weiss ich gar nicht, ob ich hier abstimmen darf, weil ich von ihnen Geld für meine Kolumne erhalte, er auch zu einem Medienunternehmen, zu ch.media. Wer jetzt glaubt, dass man die Kleinen unterstützt, muss am Schluss auch bedenken, wohin das Geld geht. Stimmt besser ja zum Medienpaket, anstatt jetzt für irgendetwas halbgar Überlegtes, das schön tönt, aber in der Ausführung auch ganz schwierig ist, zuzustimmen.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Lieber Luc, Du hast gesagt, wir seien vielleicht über Deinen Vorstoss verwirrt gewesen. Ich muss sagen, ich war nicht verwirrt, ich war verstört. Seit mehr als 30 Jahren bin ich in dieser Branche tätig. Ich habe über 15 Jahre als Berufsjournalist gearbeitet und habe es bis zum Chefredaktor gebracht, was an sich nicht relevant ist. Aber vielleicht verstehe ich auch ein wenig etwas davon, wie Kommunikation funktioniert. Ich muss sagen, dass Dein Vorstoss aus formalen und inhaltlichen Gründen verstörend ist,

irgendwie auch die Gedankenwelt, dass Du sagst, wenn es gedruckt ist, haben wir mehr Beachtung. Gedruckt ist nicht gelesen. Wir wollen den Gehalt erhöhen. Erhöht man den Gehalt, indem man nicht nach journalistischen Kriterien, nach Relevanz macht, was man einordnet, was man kommentiert, dass man manchmal auch ein Stachel ist, dass man manchmal auch nicht gefällt? Nein, so erhöht man den Gehalt nicht. Wenn ich mir vorstelle, und das ist jetzt das Inhaltliche, dass am Schluss das Parlament, der Stadtrat oder irgendjemand in einem Gremium diskutiert, ob man, wie es Daniel Kissling vorhin gesagt hat, der Story diesen oder den anderen Twist geben soll und macht es dann möglichst neutral. Dann ist dies erstens nicht relevant, zweitens nicht gehaltvoll und drittens schaut es niemand an. Ich glaube, was wir objektiv betrachten können, und darauf können wir in dieser Stadt auch ein wenig stolz sein, ist, dass wir allein an gedruckten Medien eine Vielfalt haben, von der es in der Schweiz kaum eine Stadt in der gleichen Grösse gibt, die sie nur schon an gedruckten Medien hat. Wir haben den Stadtanzeiger, wir haben das OT, wir haben die NOZ, wir haben das KOLT. Sie alle machen politische Berichterstattung, vielleicht nicht immer so, wie Du es möchtest, vielleicht nicht vollständig, aber sie machen sie. Selbst Tatsch hat zwischendurch politische Aspekte drin. Beim Print sieht man, dass die Leserinnen- und Leserzahlen herunterfallen. Wir haben Facebook, wir haben über 9'000 Teilnehmer auf der Oltnen Seite, die von Christian Ginsig als Administrator freundlicherweise am Leben erhalten wird. Wir haben beim offenen Forum für Olten auf Facebook Christoph Schneider, der es macht. Wir haben andere Kanäle, sogar Instagram und TikTok. Wir haben die Bulletins der Parteien, wir haben Webseiten. Wenn man sich informieren will, kann man sich sehr niederschwellig informieren. Die Frage ist mehr, wie man Leute erreicht, die sich einfach nicht für Politik interessieren. Das fängt nicht an, indem man mehr im Stadtanzeiger abdruckt. Das fängt bei der politischen Bildung an. Es ist ein Bildungsauftrag. Ich muss sagen, wenn ich mir vorstelle, wie dies beim Stadtanzeiger funktionieren soll, erinnert mich dies an eine Prawda, die Wahrheit aus UdSSR oder an Renmin Ribao von der People's Daily aus China, das neue Deutschland, vielleicht sogar Fox News aus den USA. Dort steht, was richtig und falsch ist. Ob am Schluss jemand schaut, ob dies relevant ist, ob uns dies als Gemeinschaft in der Politik weiterbringt, da habe ich höchste Zweifel. Von daher verdient dieser meiner Meinung nach verstörende Auftrag eigentlich, dass man ihn klar ablehnt.

Marc Winistörfer, SVP-Fraktion: Ich glaube, nachdem meine beiden Vorredner wirklich sehr eloquent ausgeführt haben, wieso man diesem Vorstoss nicht zustimmen soll, kann ich es kurz machen. Wir haben uns auch überlegt, was der Mehrwert, den wir bei einem Ja erhalten würde, wäre. Ehrlich gesagt haben wir dies innerhalb der Fraktion nicht herausgefunden. Wir haben aktuell eine gute Berichterstattung. Das OT, die NOZ, das KOLT, Tatsch, auch eher auf sozialen Medien, wo es nachher durchaus vielfältige Diskussionen gibt. Wir sind mit den klassischen Medien nicht immer einverstanden, auch nicht mit den sozialen Medien, was dort über unsere Arbeit als Politikerinnen und Politiker geschrieben und berichtet wird. Aber es ist eine durchaus lebendige Diskussion, die wir in Olten jetzt schon haben. In dem Sinne, dass man bzw. die Stadt hier etwas machen sollte, sehen wir keinen Handlungsbedarf. Ich glaube, wenn wir etwas machen wollen, können wir dies ja als Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Leute, die lokalpolitisch engagiert sind, selber machen. Die Stadt ist nicht für alles und die hinterletzte Aufgabe, die eigentlich Privatinitiative übernehmen könnte, zuständig. Irgendwo geht es auch hier wieder darum, dass einfach die Prioritätensetzung fehlt, nicht nur manchmal beim Stadtrat, das kritisiere ich auch, aber eben auch vom Parlament aus. Ich glaube in diesem Sinne, dass es keinen Grund gibt, dem zuzustimmen. Wir werden zu diesem Vorstoss nein sagen.

Thomas Kellerhals, CVP/EVP/glp-Fraktion: Marc Winistörfer hat es eigentlich schon gesagt. Es ist schon viel gesagt worden. Vieles, das ich mir notiert habe, hat Daniel Kissling bereits gut erklärt. Wir waren davon nicht verstört. Wir finden die Idee bezüglich Information der Leute und sie vielleicht zu animieren, auch mitzumachen, eigentlich noch sympathisch. Es geht ja darum. Die Lokalpolitik hat immer mehr das Problem, dass die Leute nicht mehr motiviert sind. Aber trotzdem sehen wir bei diesem Auftrag einfach zu viele Nachteile. Vor allem glaube ich, dass es die ärmste Person wäre, die solche Berichte verfassen müsste. Jede Partei würde schauen, wie oft sie erwähnt wurde. Jetzt schreibt er dies so. Das haben

wir ja gar nicht so gemeint. Warum fasst er dies so auf? Das gäbe ein Hickhack und einen Streit. Mir müsste man sehr, sehr viel Lohn zahlen, damit ich diesen Job übernehmen würde. Dann wäre ich im Kreuzfeuer und würde im Café Ring, im «Chöbu» und überall immer darauf angesprochen, was er wieder geschrieben hat. In diesem Sinne ist die einzige und wahre objektive Form, an Informationen zu kommen, sind halt dann trotzdem die Protokolle. Wir wissen, diese Protokolle kommen manchmal etwas später. Ich hoffe doch, dass mit dem technologischen Fortschritt, unter anderem sind ja jetzt die Transkribierungsprogramme so weit, dass die dann auch Schweizerdeutsch direkt in Hochdeutsch übersetzen können. Vielleicht könnte man es einmal mit diesen neuen Programmen versuchen, damit die Protokolle etwas schneller kommen und diejenigen, die es wirklich interessiert, wer was genau gesagt hat, dies einfach in diesen Protokollen nachlesen können. Wir haben eigentlich das Vertrauen in die Medien in der Region. Was dort steht, ist zwar dann nicht mehr hundertprozentig objektiv. Aber man kann es auch ein wenig einordnen. Wir haben eine gewisse Breite in der Informationsfülle, und das muss in unserer Region doch auch geschätzt werden. Plus eben der Vorwurf, dass wir hier ein Staatsmedium schaffen, das die Leute irgendwie beeinflussen will. Ich glaube, das wäre dann auch nicht im Interesse der Stadt. Als Fazit: Praktisch Geld für den Staatsjournalisten oder wie man dies dann genau machen will, fänden wir nicht sinnvoll investiertes Geld, auch wenn die Idee, die dahintersteckt, eigentlich eine sympathische ist. Aus diesem Grund wird die CVP/EVP/glp-Fraktion den Auftrag auch einstimmig ablehnen.

Luc Nünlist: Ich muss schon noch einmal kurz einhaken. Urs Knapp, ich muss sagen, dass ich ein wenig erstaunt bin. Das ist nicht eine halb überlegte Sache. Sie ist sehr wohl überlegt. Unterschätze mich nicht, mir ist klar, dass wir alle ein «Bias» haben. Mir ist klar, dass jeder Journalist ein Bias hat, jede Journalistin auch. Urs, dass Du einmal Chefredaktor gewesen bist, war mir nicht bewusst, das ist natürlich toll. Ich wusste, dass Du ein Kommunikator bist. Ich weiss, was Du heute machst. Du arbeitest immer noch für eine Kommunikationsagentur, die überhaupt nicht den Anspruch hat, objektive ausgewogene Informationen zu geben, sondern natürlich diejenigen des Meistbietenden zu verarbeiten, genauso wie zum Beispiel Fox News. Das ist genau das Thema. Da sind wir an einem Ort, man hat eine bezahlte Information und kanalisiert diese nachher in eine Richtung, die möglichst nach dem so ausgelegt wird, genau in das eigene Bias hinein. Die Parallelen zur Prawda verstehe ich dann aber überhaupt nicht. Wenn im Prinzip ein aufbereitetes Protokoll irgendwo abgedruckt wird, ist dies noch lange keine Prawda. Da komme ich etwas her. In meinem Studium habe ich die Prawda ab und zu im Original gelesen. Ich weiss, was das ist. Das ist mir auch sehr wohl klar. Wenn man irgendwo eine Traktandenliste hat und dies vielleicht nachher kommuniziert und abdruckt, sind wir noch lange nicht im Stalinismus angekommen. Es ist schon etwas peinlich, gleich die grosse Keule zu schwingen. Es ist im Vorstosstext auch offen, wer dies schreiben darf. Das heisst überhaupt nicht, dass ich darf, so wie ich es verstehe, in mein Bias oder ich suche die Person aus. Sondern das ist die Idee, es ist eine offene aufbereitete Information, die eben niederschwellig zugänglich ist. Das soll einfach noch gesagt sein. Wir sind weit weg vom einem Sprachrohr eines Machtapparates, im Gegenteil. Davon sollen wir wegkommen, dass wir nur abgedruckte Parteimeinungen haben. Abgedruckte Parteimeinungen sind eher näher an der Prawda.

Christian Ginsig: Ich danke Daniel Kissling für sein Votum, auch Urs Knapp. Sie haben von ihrer Seite her bereits sehr differenziert ausgeführt, dass wir in Olten eine breite Medienberichterstattung haben. Ich möchte wirklich auch noch darauf hinweisen, dass wir ein Medienförderungsgesetz, über das wir jetzt abstimmen. Wir können dort ja oder nein dazu sagen. AZ-Medien, ch.media. Wir haben das KOLT, Radio 32. Ich selber habe eher kritisch begutachtet, dass im OT jeweils sko, Stadtkanzlei Olten, aufgetaucht ist. Ich glaube, den wenigsten Lesern war klar, dass damals einfach 1 : 1 Medienmitteilungen der Stadt dort abgewickelt wurden und haben dies als journalistisches Produkt betrachtet. Insofern ist die journalistische Aufarbeitung sicher gut und recht. Aber man muss einfach auch die Realität der heutigen Zeit anschauen. Die ganzen Sachen gehen auch in die Richtung, dass man immer mehr Leute hat, die sich ihren Kontent selber zusammenstellen. Insofern muss ich auch den Parteien danke sagen, die im Nachgang an die Parlamentssitzung jeweils noch

einen Newsletter verschicken. Ich glaube, man darf die Leserinnen und Leser auch nicht unterschätzen. Sie sind durchaus in der Lage, sich auch aus differenzierten Quellen entsprechend, vielleicht anhand von eingefärbten Informationen, ein Bild zu machen. Insofern möchte ich auch all die Arbeit unterstützen und danke sagen. Ein kleiner Werbespot in eigener Sache: Allen, die hier fordern, dass man aus dem Parlament mehr Bericht erstatten sollte, kann ich empfehlen, die Plattform Olten einfach zu nutzen. Sie steht allen offen. Ihr könnt sie mit eigener Meinung nutzen, darüber bloggen, so viel Ihr wollt. Es kostet den Staat keinen Franken. Ihr könnt sie nutzen, 2'500 Empfänger, wenn Ihr mehr Reichweite wollt, als heute Abend auf youtube, wo aktuell 17 Personen zuhören. Merci.

Lukas Lütolf: Ich habe in der ganzen Diskussion ein wenig den Eindruck, dass wir alle sehr unterschiedliche Vorstellungen davon haben, welche Berichterstattung dies genau sein sollte. Ich möchte noch einmal das Anfangsvotum unserer Fraktion Grüne/Junge Grüne in Erinnerung rufen, das eigentlich aus unserer Sicht die pragmatische Idee hat, dass man eine Woche später genau die Traktandenliste noch einmal abdruckt, zwei Sätze, was in diesem Vorstoss gefordert wird, dann das Stimmverhältnis und nicht mehr. Das ist unserer Meinung nach durchaus politisch neutral machbar. Ich sehe eher den Punkt, wie viele Leute wir mit dem Stadtanzeiger zusätzlich erreichen, die nicht sowieso schon das OT, KOLT oder die NOZ lesen.

Myriam Frey Schär: Lukas hat schon vieles gesagt, was ich sagen wollte. Merci vielmals. Es geht mir wirklich darum, zu den Diskussionen, die geführt werden, einfach eine Faktenbasis zu liefern. Ich bin zum Glück für mich nicht auf Social Media. Viele Leute kommen zu mir und sagen, ich habe auf Facebook x, y, z gelesen, und es stimmt einfach hinten und vorne nicht. Es ist so nicht passiert. Es wird zu Fakten irgendwie «gestürmt» oder irgendetwas geredet, die so nicht existieren. Wieso nicht einfach sagen, noch einmal zur Erinnerung, über diese Geschäfte haben wir geredet. Das ist durchgekommen. Das ist nicht durchgekommen. Einfach quasi eine Basis bieten, um diese Diskussionen zu führen. Noch einmal: Es ist schön, wenn es irgendwelche privat angebotenen Plattformen gibt, die Tausende von Mitgliedern hat. Aber ich finde, das ist insofern nicht neutral, dass ich einfach meine Daten verschenken muss, damit ich an diesem Diskurs teilhaben kann. Das finde ich blödsinnig. Der Aufwand wäre wirklich relativ klein. Ich finde, man soll dies auch wirklich nicht werten. Aber dass man zum Beispiel, wenn irgendjemand wieder einmal etwas erzählt, sagen kann, schau den Screenshot des Stadtanzeigers an. Es ging darum und nicht um dies. Das ist eigentlich alles. Ich finde auch nicht, dass sich die Stadt journalistisch betätigen muss. Aber ich finde, es wäre eine schöne Dienstleistung, wenn sie auf einer Seite einfach noch einmal die Traktandenliste spiegeln und sagen würde, so ist es dann herausgekommen.

Urs Knapp: Ich möchte zuerst eine Interessenbindung bekanntgeben. Farmer Consulting, für das ich arbeite, bei dem ich eine wesentliche Rolle spiele, ist für den 13. Februar engagiert. Luc, Du wirst vielleicht staunen. Wir sind auf der Pro-Seite. Wir machen die ganze Kampagne. Ich möchte aufnehmen, was Thomas Kellerhals gesagt hat. Wir haben es eigentlich alle in der Hand. Ich frage jetzt einmal. Wir müssen ja nicht abstimmen. Wie viele von Euch haben noch ein Abonnement des Oltner Tagblatts? Wie viele von Euch gehören zu den 700 Abonnenten des KOLT? Es sind nicht viele. Schön, ich auch. Ich glaube, auch dort fängt es an. Wenn man sagt, man will nicht einem amerikanischen Konzern Daten geben, ist dies wohl löblich. Dann soll man es aber anders machen. All diese Medien funktionieren einfach nicht, wenn nicht auch eine Leserschaft, eine Zuhörerschaft, eine Zuseherschaft vorhanden ist. Solche Interessen bekommt man nicht, indem man einfach Protokolle oder eine Art Protokolle abdruckt, sondern man muss eine Debatte führen und relevant sein. Man muss die richtigen Themen aufmachen. Man muss es so machen, dass sie unabhängig daherkommen. Besten Dank.

Daniel Kissling: Ich möchte nur noch einmal klarstellen, dass ich nicht grundsätzlich dagegen bin, dass der Stadtrat mehr darstellt, was im Parlament passiert ist und vielleicht zum Beispiel die Abstimmungsergebnisse oder die Traktandenliste im Nachgang noch einmal

veröffentlicht. Aber nur schon bei der Auswahl der Argumente oder worum es ging, kann man schon so viele verschiedene Sachen sagen, die nicht einfach objektiv sind, sondern dort wird ausgewählt, gerade auf engem Platz. Gerade in den Printmedien ist dies extrem relevant. Ich finde, dort muss man einfach aufpassen, was man macht. Es ist auch nicht die Aufgabe der Stadt, dort noch mehr Platz zu kaufen. Ich habe auch nichts gegen diese Idee. Darüber kann man diskutieren und einen neuen Vorstoss machen, dass die Stadt einmal pro Monat das Olten Bulletin herausgibt und dort einfach einmal Fakten aufschreibt. Was hat der Werkhof gemacht? Was hat der Stadtrat gemacht? Darüber kann man reden. Man kann Geld sprechen. Da bin ich nicht abgeneigt. Andere in diesem Gremium wahrscheinlich schon. Aber das ist eine andere Geschichte. Es gibt ein grosses Problem in Medien, ob es Gratiszeitungen sind, Anzeiger oder auch bezahlte Medien, das sind Medienmitteilungen. Es ist vorhin schon erwähnt worden. Es wird gerne genommen, weil es gratis ist, und es spielt keine Rolle, ob es von der Stadt ist, von der SVP, einem Wirtschaftsunternehmen oder einem Budget-Pro-Referendum-Komitee. Es wird gerne übernommen, weil es Gratisinhalt ist. Das passiert, und das passiert, wenn man einfach sagt, wir liefern Euch den Inhalt. Medien machen dies, weil sie kein Geld haben. Deshalb noch einmal ja zum Mediengesetz. Aber es geht grundsätzlich darum, was wollen wir mit der Stadt machen. Bringt die Berichterstattung wirklich etwas, wenn dies alles drinsteht? Ich bin dafür, Myriam und Lukas, wenn Ihr sagt, wir wollen einfach nur hinschreiben, wer wofür war und fertig. Darüber können wir reden. Aber es ist nicht, was der Vorstoss fordert. Er fordert eine Berichterstattung und bringt als Beispiel lange, ausführliche Artikel, zum Beispiel über die SIP. Wenn man solche Artikel schreibt, kommt es darauf an, welche Infos man aufnimmt, welche Voten man aufnimmt. Dann fängt genau der Streit an, und es fängt an Bias an. Es ist halt einfach so. Ich habe nichts dagegen. Wenn ich eine Zeitung lese, bei der ich weiss, diese Personen sind auf dieser oder jener Seite. Dann gehört dies zum journalistischen Handwerk dazu. Aber wenn es eine Stadt macht, gibt es erstens Streit, weil alle finden, es ist falsch, was geschrieben wurde, und zweitens frage ich mich dann schon auch, weil ich aktuell mit der Berichterstattung zufrieden wäre. Was ist, wenn fünf SVPLer im Stadtrat sitzen und sie sagen, was im Parlament passiert ist? Sind wir dann mit der Berichterstattung immer noch so zufrieden? Das ist die Frage, die ich mir stelle, wenn es um Medien geht. Bin ich zufrieden, wenn die Anderen nachher sagen, was im Text steht? Wenn ich dies nicht bin, bin ich nicht dafür, dass die Stadt die Macht hat, dies einfach so als offizielle Meinung in 20'000 Haushalte zu schicken.

Marc Winistörfer: Ich sage jetzt auch noch etwas. Eigentlich wollte ich nichts mehr sagen. Ich glaube, zwei Punkte sind doch noch erwähnenswert. Es wird jetzt gesagt niederschwellig und mit kleinem Aufwand, und es werde ja eine Riesenberichterstattung nicht gefordert, aber doch, dass man etwas macht. Ich frage mich einfach, ob die Initianten bzw. diejenigen, die es unterstützen und damals unterschrieben haben, als es eingereicht wurde, überhaupt abgeklärt haben, was es kosten würde. Ich glaube nicht, weil es kein kleiner Aufwand ist. Eine Seite in einem solchen Magazin, ob es die NOZ oder der Stadtanzeiger etc. ist, kostet relativ viel Geld. Da kommt der zweite Punkt, den ich erwähnenswert finde. Dass man es publiziert, ist das Eine. Aber ob es gelesen wird, ist dann etwas Anderes. Urs Knapp hat es schon erwähnt. Daniel Kissling hat es auch gesagt. Das Eine ist, dass man es macht, das Andere ist, dass es zu den Leuten, die man ansprechen will, geht. Ich habe das Gefühl, wir haben doch einige Leute. Auch im Zusammenhang mit dem Budgetreferendum sieht man dies. Die Diskussion wird breit geführt. Es hat interessierte Leute. Es hat Leute, die sich wahrscheinlich nicht gerne öffentlich äussern. Das ist auch in Ordnung. Aber ich habe das Gefühl, das Interesse ist da. Es ist ein kleiner Aufwand für sie und wenig, das man verlangt, dass sie sich auch proaktiv um gewisse Informationen kümmern und von sich aus etwas machen. Von daher glaube ich, dass man wirklich gut nein sagen kann, ohne dass das politische Olten an Informationsmangel zugrunde gehen würde.

Luc Nünlist: Wir haben viel von Bias gesprochen und nicht neutral und was es auch wert ist, wenn Leute in einzelnen Gruppen ihre eigene Meinung noch einmal etwas diskutieren können, wie man sich auch auf sozialen Medien platzieren oder auf irgendwelchen Blogs verwirklichen kann und dass dies eigentlich genau so wertvoll ist. Das ist schon okay. Aber

dann müsste man schon nicht kommen und sagen, die Stadtkanzlei Olten ist ein Bias-Meinung. Wenn natürlich die eigene Parteimeinung direkt abgedruckt werden soll oder eine Einzelperson eine Berichterstattung macht, ist dies selbstredend viel Bias. Da sind wir uns schon alle einig. Einfach, damit wir dies etwas auf der gleichen Schiene anschauen. Daniel Kissling, ja, wenn fünf SVPLer oder Urs Knapp sagen, was im Parlament gelaufen ist, ist dies natürlich auch Bias, genauso, wie wenn ich es schreibe und dies direkt abdrucken kann. Dann muss in jeder Form sichergestellt sein, wenn man so etwas überweist und der Stadt eine Aufgabe gibt, da haben wir auch Kontrollmechanismen, dass eine Kommunikation eines ernst zu nehmenden Staatsorgans nicht einfach irgendwie von politisch extrem ausgerichteten Leuten gemacht wird. Da braucht es etwas Kontrollorgane. Das kann man auch irgendwo ein wenig einordnen. Ich denke, das ist schon möglich und eigentlich einfacher möglich, als wenn Einzelpersonen Blog-Einträge verfassen. Dass wir dort vom Gleichen sprechen. Gut, wir laufen nicht Gefahr, dass die Stadtkanzlei plötzlich extremer als Einzelne in der Oltner Gruppe. Reden wir jetzt vom Gleichen. Merci.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich rede als Sprecher des Stadtrates, der diese Beantwortung ja auch zu verantworten hat. Ich mache es angesichts der Zeit aber kurz und möchte beliebt machen, dass man an dieser bewährten Praxis festhält, dass die amtlichen Publikationen vom Stadtrat so auch platziert werden. Sie werden auch bezahlt und gekauft. Es ist zudem noch ein rechter Budgetposten, was es kostet, die Referenden, die Publikationen im Baubereich beispielsweise, aber auch die Traktandenliste. Das Andere ist die politische Berichterstattung darüber. Da finden wir, dass es wirklich auch eine Trennung braucht. Man sagt ja die vierte Gewalt, und es ist wichtig, dass man die Gewaltenteilung auch respektiert. Der Grat ist manchmal tatsächlich auch schmal zwischen der Behördenpropaganda und nur der amtlichen Publikation. Deshalb möchten wir Euch beliebt machen, an dieser Praxis festzuhalten und den Auftrag in diesem Sinne nicht erheblich zu erklären. Merci.

Beschluss

Mit 26 : 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Auftrag nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleiter entsprechenden Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

Parlamentspräsident Florian Eberhard: Ich wünsche Euch einen schönen Abend und bis bald.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.